

Redaktion und Verwaltung:
Prag II., Paulits
Isove nám. 32.
Telefon 6795,
nachts 6797.
Telegraphen-Adresse:
Sozialdemokrat Prag.
Postfachamt 67544.
Ankündigungen werden laut
Tarif biligst berechnet.
Bei öfteren Einschalen
ungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bei Bestellung ins
Haus oder bei Bezug
durch die Post
monatlich . . . 18—Kč
vierteljährlich 48—Kč
halbjährig . . . 90—Kč
ganzjährig . . . 192—Kč
Für Deutschösterreich
monatlich 400—öK, für
Deutschland 40—Mk.
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

1. Jahrgang.

Sonntag, 18. Dezember 1921.

Nr. 93.

Die Regierungs- parteien gegen die Staatsangestellten.

Trotzdem die Preise aller Lebensmittel und Verbrauchsartikel seit dem Sommer dieses Jahres abermals in die Höhe klettern, reden die Unternehmer noch immer vom Abbau der Löhne und versuchen die schwere Wirtschaftskrise, von der die tschechoslowakische Republik ergriffen ist, auszunützen, um die Lebenshaltung der Arbeiter unter ihr gegenwärtiges Niveau herabzubringen. Daß die Unternehmer in ihrem hemmungslosen Streben nach Profit so tun, ist durchaus nichts neues. Neu hingegen ist, daß nun auch der Staat die Bahnen des Unternehmertums beschreitet und einen Abbau der Löhne seiner Angestellten unternimmt.

In der Nacht von Freitag auf Samstag ist es im Abgeordnetenhaus zu bewegten Szenen gekommen. Die Regierung hat zwei Gesetzentwürfe vor das Haus gebracht, in der sie die Gehälter der Staatsbeamten und Lehrer herabsetzt. Außerlich sucht die Regierung den Eindruck zu erwecken, daß sie den Staatsangestellten ein Weihnachtsgeschenk bietet, denn es wird in einem der beiden Gesetze zunächst gesagt, daß die bisher bezahlte außerordentliche Aushilfe den Staatsbeamten auch weiterhin gewährt werden wird — freilich mit gewissen Einschränkungen. Zunächst erhalten die Lehrer eine um 20 bis 30 Prozent gekürzte Teuerungszulage. Die Staatsangestellten müssen fernerhin acht Prozent ihres Gehaltes (beziehungsweise der Pensionsgrundlage) zu Pensionszwecken hergeben und die bisher bestandene Verpflichtung des Staates seinen Angestellten die Einkommensteuer zu bezahlen, wird dadurch eingeschränkt, daß die Staatsbeamten nunmehr 25 Prozent der Steuer werden selbst zahlen müssen. Um nun den Staatsangestellten Kameraden im Unglück zu beschaffen — das Streben der Regierung nach Gleichberechtigung ist wirklich rührend — wird den Selbstverwaltungskörpern, Gemeinden und Bezirken, verboten, ihren Angestellten die volle Einkommensteuer zu bezahlen und die Angestellten die-

ser Körperschaften müssen nun gleichfalls 25 Prozent ihrer Einkommensteuer selber entrichten. Das Stichwort vom Abbau der Gehälter und Löhne ist also auch vom Staate für seine Angestellten aufgenommen worden!

Die Regierung benützt die famose Gelegenheit der Gehaltskürzung der Staatsangestellten so nebenbei auch zu einem Angriff auf die Gemeindeautonomie, indem sie den Gemeinden und Bezirken vorschreibt, daß die Angestellten der Selbstverwaltungskörper um Gottes Willen keinen höheren Gehalt bekommen dürfen, als die Staatsangestellten. Seit dem die demokratische Republik besteht, erfolgt eine Einschränkung der Gemeindeautonomie nach der anderen. Nicht Selbstverwaltung der Bevölkerung, sondern Herrschaft des Staates und seiner Bürokratie vor obenher ist das Verwaltungsideal der Demokraten und Republikaner hierzulande geworden.

Dabei leisten sich die Regierung und die willigen Mehrheitsparteien noch ein übriges. In dem Gesetz heißt es, daß die beteiligten Minister ermächtigt werden, die Änderungen der Gesetze und Verordnungen, die infolge des neuen Gesetzes sich als notwendig erweisen, im Verordnungswege durchzuführen. Auf Grund dieser Bestimmung können nun die Minister, ohne das Parlament zu fragen, eine Reihe von Gesetzen ändern. Man wird da unwillkürlich an das Gesetz erinnert, wodurch die Regierung vor einem Jahre ermächtigt wurde, die Handelsbeziehungen mit dem Ausland im Verordnungswege zu regeln, was sie dazu benützt, um die Zollsätze um das 20 bis 30fache hinaufzuschrauben und so der Bevölkerung die wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel kräftig zu versteuern.

Die Staatsangestellten waren bisher wahrlich nicht so gut daran. Nicht die Gehälter wurden ihnen in den letzten Jahren erhöht, sondern sie bekamen Teuerungszulagen, die nach der Kinderanzahl abgestuft waren. Die Folge davon war, daß die Löhne am ärgsten realen und heute in vielen Fällen ein Gehalt beziehen, das zweieinhalb mal so groß ist, wie das Friedensgehalt. Im Durchschnitt haben die

Staatsangestellten ein viereinhalb bis sechs mal so großes Einkommen wie in der Friedenszeit. Damit vergleiche man die Tatsache, daß nach den Angaben des staatlichen statistischen Amtes im Monate September in Böhmen die Indexzahl bei der Warengruppe I. 1458, bei der Gruppe II. 1987 betrug, also die Lebenshaltung durchschnittlich um das 14- bis 20fache teurer ist, als im Frieden. Man hat die Staatsangestellten zum größten Teile aus der staatlichen Versorgung ausgeschlossen, sie müssen sich Brot und Mehl im freien Handel kaufen. Man hat ihnen die Vorschüsse für die seinerzeitige staatliche Bekleidungsaktion abgezogen und jetzt kürzt man ihnen obendrein ihr Einkommen. Daß die Parteien der Besitzklassen so tun, nimmt uns nicht Wunder. Sie interessiert nur der Kapitalprofit, die Erhöhung der Mietzinse, aber die Lebenshaltung der Proletarier, die den Gang des Staatsapparates ermöglichen, ist ihnen Fettsüß. Daß aber die beiden tschechischen sozialistischen Parteien, die Nationalsozialisten und auch die tschechischen Sozialdemokraten mittun, ist einfach unfähig, ist ein weiterer Beweis dafür, wie tiefe die tschechischen Sozialdemokraten in der Staatsideologie verstrickt sind und wie sehr sie das Gefühl für alles Proletarische und Sozialistische verloren haben.

Das Proletariat hat gegenwärtig schwere Kämpfe zu bestehen. Der Versuch des Lohnabbaues bedeutet nichts anderes als die Wiedererrichtung des Kapitalismus auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter. Die Kürzung der Gehälter der Staatsangestellten wieder ist nichts anderes als der Versuch, die Reallohn der Staatsfinanzen auf Kosten der Lebenshaltung der Staatsangestellten durchzuführen. Beim Militarismus wird nicht gehört Millionen werden fährlich hinausgeworfen. Mit dem Sparen künkt der Staat bei seinen eiaenen Angehörigen. Daran ist faßlich der Klassencharakter dieses Staates zu erkennen. Mögen die Staatsangestellten sich dessen bewußt werden, kann werden sie zu dem Urteil gelangen, daß nur der entschlossene, von jeder bürgerlichen Ideologie ungehemmte Klassenkampf allein auch ihnen eine erträgliche Lebenshaltung sichern kann.

Brüder in Not.

Die Schicksalsfrage der Tschechoslowakei.

Dieser Artikel, der geeignet ist, größte Beachtung zu finden, veröffentlicht der Berliner „Vorwärts“ in seiner Donnerstagsausgabe.

Die Deutsche sozialdemokratische Partei der Tschechoslowakischen Republik hat gestern in Teschen ihren Parteitag geschlossen. Es war ein proletarisches Klein-Deutschland, das sich da in der deutschen Grenzstadt der Tschechoslowakei an der Elbe zusammensand. Sächsisch, bayerische, schlesische Mundarten wirbelten durcheinander. Von drei Seiten dringt deutsches Sprachgebiet in das tschechoslowakische Staatsgebiet ein, und überall ist es der Sitz hochentwickelter Industrien. Stände nicht ein Soldat mit fremder Mütze vor dem Eingang des Gasthofes, in dem der Parteitag stattfindet, so würde kein reichsdeutscher Besucher merken, daß er hier im Ausland unter „Ausländern“ ist.

Allerdings, hörte man die Reden, die hier gehalten wurden, dann merkte man sehr geschwind, daß die Probleme, mit denen hier gerungen wird, andere sind als die bei uns. Die deutschen Arbeiter dieses Staates kämpfen nicht nur als Proletarier gegen die kapitalistische Ausbeutung, sondern auch als Deutsche gegen die nationale Unterdrückung. Sie sind durch den Zwang der Tatsachen nicht nur sozial, sondern auch in hohem Grade national eingestellt. Obwohl sie Angehörige nicht der 2. sondern der 2½. Internationalen sind, empfinden sie nicht nur als proletarische Klassengenossen, sondern, kaum weniger stark, auch als deutsche Volksgenossen.

Es kann nicht geleugnet werden, und wird von einsichtigen Tschechen auch nicht geleugnet, daß den Deutschen in der Tschechoslowakei viel Unrecht geschieht. Der Umschwung vom November 1918 hat die Tschechen zu Herren gemacht, nicht nur in ihrem eigenen Sprachgebiet, sondern weit darüber hinaus. Und dieses kulturell hochstehende und politisch sonst kluge Volk hat den Forderungen einer ihm plötzlich in den Schoß gefallenen Macht nicht zu widerstehen vermocht. Große, heute noch ausschlaggebende Teile von ihm haben noch nicht begriffen, daß es für ihren jungen Staat, auf den sie stolz sind, kein gefährlicheres, seine Existenz tiefer zerrüttendes Gift gibt als einen überspannten Nationalismus.

Feuilleton.

Technik und wirtschaftliche Entwicklung.

Im vorkapitalistischen Zeitalter vollzieht sich die Entwicklung der Technik außerordentlich langsam, im Zeitalter des Kapitalismus mit solcher Schnelligkeit, daß man fast von einer Schlag auf Schlag erfolgenden Erörterung der Unabhängigkeit von der Natur sprechen kann. Im Zeitalter des Vorkapitalismus beruhte die Technik auf Ueberlieferung und Erfahrung, im Zeitalter des Kapitalismus auf der Wissenschaft. Die Finanznöte der Fürsten in der Zeit des Ausganges des vorkapitalistischen Zeitalters begünstigte die Tätigkeit der Alchimisten und Goldmacher, deren erhöhte Tätigkeit aber führte zu neuen Entdeckungen auf dem Gebiete der Chemie. Der steigende Bedarf an gewissen Naturprodukten und auf roh erfahrungsgemäße Weise gewonnenen Kunstprodukten der aufkommenden Manufaktur und der Industrie förderte das Suchen nach neuen Gewinnungsmethoden und damit die Wissenschaft. Je nach den wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen vollzog sich diese erste wechselseitige Beeinflussung zwischen wirtschaftlichem Bedarf und Technik, zwischen Technik und Wissenschaft, in verschiedenen Formen. In England, dem Mutterland des Kapitalismus, in der Aera der Aera der freien Konkurrenz, begründete 1800 der Privatmann Graf Rumford die „Royal Institution“, um die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse der Deffentlichkeit zugänglich zu machen, eine Einrichtung, die zu der Entstehung ursprünglicher chemischer Gesin-

industrie in England mächtig beitrug. In Deutschland, dessen Staatensplitterung und Kleinfürstentümer der Alchimisterei so günstig war, ging die Entwicklung der Wissenschaft von den Apothekern aus, die deren Traditionen bewahrten, ohne daß in dieser Zeit — um den Anfang des 19. Jahrhunderts — ein starker Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung sichtbar wurde. In Frankreich förderte die Regierung der Republik und später Napoleon die Entwicklung der Wissenschaft und der Technik, indem sie Preise aussetzte — so einen Preis für die künstliche Herstellung von Soda, als der Krieg mit Spanien die Einfuhr aus Spanien sperren hatte. Diese Aufgabe wurde gelöst von Leblanc, der damit die technisch-wissenschaftlichen Voraussetzungen der großen Soda-industrie schuf. Und nun begann von der Soda-industrie aus eine an Wechselfällen reiche Entwicklung der chemischen Großindustrie, die eine Reihe von interessanten Wechselbeziehungen zwischen Technik und Wirtschaft zeigt.

Für Soda bestand beim Beginn des 19. Jahrhunderts ein starker Bedarf. Sie war notwendig als unentbehrlicher Rohstoff in der Glasfabrikation, sie wurde immer mehr gebraucht in der Eisenindustrie, nicht nur infolge des Wachstums der Eisenindustrie, sondern auch weil gleichzeitig die Erzeugung der mit der Soda für die Seifenherstellung gleichwertigen Potasche aus Holzasche stark zurückging mit der fortschreitenden Pflüchtung der Wälder und sie wurde schließlich in steigendem Maße in die Hauswirtschaften verwendet. Vor der industriellen Herstellung stand zur Bekämpfung des Bedarfs zur Verfügung die natürliche ägyptische Soda, die durch Auslaugung von Seesalzgewässern gewonnene iranische oder Alaun soda, die auf gleichem Wege gewon-

nene normannische Soda. Der Bedarf wuchs aber rascher wie die Erzeugung, das Problem der künstlichen Gewinnung wurde brennend, und besonders in Frankreich zur Zeit der Emverre der Einfuhr. Das Problem wurde von Leblanc gelöst, der Kochsalz (Chloratrium) mit Schwefelsäure behandelte, dann glühte und dann das gewonnene schwefelsaure Natrium mit Kohle und Kalkstein asühte und daraus Soda (kohlen saures Natrium) und das unlösliche Schwefelcalcium erhielt. Auf diesem chemischen Prozeß wurde die Sodaindustrie zu Beginn des 19. Jahrhunderts aufgebaut. Trotz ihres großen Umfanges aber wuchs der Bedarf rascher als die Industrie. Die Folge war, daß die Industrie die bisherige Erzeugung nicht verdrängte, die sich in Nordamerika bis heute gehalten hat, daß die Sodaindustrie aber auch jene Monopolbreite hielt und jene großen Gewinne abwarf, die die finanziellen Grundlagen der modernen chemischen Großindustrie dieses Zweiges bilden halfen.

Diese finanzielle Wirkung war die eine Folge des technischen Fortschritts. Eine andere Folge erob sich aus dem Wesen dieses technischen Prozesses. Beim Aufbau des ersten Teils dieses Prozesses erobte sich neben schwefelsaurem Natrium Salzsäure (Chlorwasserstoff) als Abfallprodukt. Die technische Befestigung dieses Abfallproduktes war wegen der zerstörenden Wirkung der Salzsäure unmöglich. Es galt dieses Abfallprodukt nach Mönchlichkeit zu verwerten. Die technische Fikrie zu wirtschaftlicher Notwendigkeit, die wieder zu neuer technischer Erkenntnis: die gleichende Wirkung des aus der Salzsäure leicht abgemachten Chlors wurde für die Herstellung von Papier und hochwertigem Glas nutzbar gemacht, namentlich nach der Entdeckung der

Bindung des Chlors in Chloralkali. Die technische Notwendigkeit führte zur Bedingung neuen Bedarfs und zur Erschließung eines neuen Marktes. Da aber die Menge des Abfallproduktes sehr erheblich war, so überließ die Erzeugung der Soda produzierenden Länder den Bedarf ihres inneren Marktes — im Gegensatz zur Sodaerzeugung — und führte zum Erbanionsdrang der nach dem Leblancschen Verfahren arbeitenden Sodaindustrie. Die weiteren Folgen des technischen Fortschritts waren so Bedingung neuen Bedarfs und Umgestaltung der Technik in anderen Industrien, ferner wirtschaftliche Expansion, die beide weiter die finanzielle Erstarbung der Sodaindustrie beförderten. Der Prozeß war technisch noch nicht vollkommen im Sinne reiflicher Ausnützung aller Rohstoffe — der in dem Prozeß einwirkende Schwefel wurde in Form von unlöslichem Calciumsulfid auf Salzen gestürzt.

Dieser Mangel der Sodafabrikation nach Leblanc ermöglichte die Einführung eines anderen rentableren Verfahrens nach Solvay, der Anfang der 70er Jahre Kochsalz mit doppelt-kohlen saurem Ammonium behandelte und damit von der Schwefelsäureindustrie unabhängig wurde. Das Verfahren war weit wirtschaftlicher und verdrängte das Leblanc-Verfahren. Eine neue Methode, aus dem Abfallprodukt des Solvay-Verfahrens den Schwefel wieder zu gewinnen, wurde zu spät ausprobiert, um diesen Verdrängungsprozess aufzuhalten. Der neue technische Fortschritt führte zu lebhaften Konkurrenzämpfen, zur Durchsetzung neuer Industriegruppen — er hatte aber noch weitere Wirkung. Auch dieser Prozeß war technisch nicht vollkommen — er hinterließ Chlorcalcium als Abfallprodukt, das in den Abwässern verloren ging. Die Ueberpro-

Es ist richtig, daß in manchen Gegenden des tschechoslowakischen Staatsgebietes früher eine Bevorzugung des deutschen Elements gegenüber dem tschechischen stattgefunden hat, und daß es nun ein gerechter Ausgleich war, wenn man den einen etwas nahm und den andern etwas gab. Was aber in Wirklichkeit geschehen ist, das schließt weit über das Ziel hinaus und ist noch weit mehr als eine Umkehrung alten Unrechts in neues Unrecht. Der Versuch, 3 1/2 Millionen Deutschen die Sprache aufzudrängen, die von 6 1/2 Millionen Tschechen gesprochen wird, grenzt an Wahnsinn. Es muß zu ganz abertüchtigen, für den Staat unheilbaren Zuständen führen, wenn das nationale Lebensrecht einer so starken Minderheit einfach negiert wird.

Die deutschen Sozialdemokraten der Tschechoslowakei leiden unter nationaler Bedrückung. Aber was ihr Leiden noch vermehrt, ist der Umstand, daß die Tschechische Sozialdemokratie Mitglied einer Regierungskoalition ist, die an den Deutschen Unrecht tut, und daß sie dieses Unrecht mitunter sogar auch äußerlich deckt. Die Zerrissenheit der Internationale und ihre Schwäche in der Bewältigung nationaler Probleme wird von niemandem bitterer empfunden, als von den deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei.

Das Tragische an diesen Verhältnissen ist, daß auch die tschechischen Sozialdemokraten bis zu einem gewissen Grade nur die Opfer einer zwangsläufigen Entwicklung sind. Die tschechoslowakische Republik konnte nur von den Tschechen begründet werden, die Deutschen standen ihr völlig ablehnend gegenüber, und bis jetzt ist es nicht gelungen, eine deutsche Partei zur positiven Mitarbeit in der Regierung heranzuziehen. Die Regierungsarbeit muß von den Tschechen allein geleistet werden, aber auch das ist nur dann möglich, wenn alle tschechischen Parteien gegen alle nichttschechischen zusammenhalten. Die Republik wird jetzt regiert von einer „allnationalen Konzentration“, die alle Parteien von der Sozialdemokratie bis zu den reaktionären und ultranationalistischen Nationaldemokraten umfaßt. Diese Koalition hört in dem Augenblick, in dem die Sozialdemokraten aus ihr ausscheiden auf, über eine Mehrheit zu verfügen, bricht aber die Mehrheit zusammen, dann ist das Chaos da.

Die tschechischen Sozialdemokraten sind auf diese Weise mit den tschechischen bürgerlichen Parteien in eine „nationale Einheitsfront“ gedrängt, und bis zu einem gewissen Grade ist das auch bei den deutschen der Fall: wenn diese auch ein Koalitionsverhältnis zu den deutschen bürgerlichen Parteien konsequent ablehnen, so treffen sie sich doch mit ihnen auf dem gemeinsamen Boden der Opposition. Folge davon ist, daß deutsche und tschechische Sozialdemokraten einander vorwerfen, sie wären „nationalistisch“.

Die tschechischen Sozialdemokraten lassen aber dabei doch das Bestreben erkennen, den eisernen Ring, mit dem sie an die bürgerliche Reaktion geschmiedet sind, zu zerbrechen. Sie wünschen den Eintritt der deutschen Sozialdemokraten in die Regierung und damit stellen sie diese vor eine ungeliebte schwere Entscheidung.

Die deutschen Sozialdemokraten können mit Recht sagen, daß ihr Eintritt in die Regierung

erst nach einem völligen innerpolitischen Umschwung erfolgen könnte. Denn sie können zwar daran arbeiten, die Tschechoslowakei zu einem Freistaat zu verwandeln, der für alle ihre Völker wohnhaft ist, aber sie müssen vor dem Gedanken zurückschrecken, daß sie, Minister geworden, als die Unterdrücker ihres eigenen Volkes erscheinen könnten. Sie würden dann als „Regierungssozialisten“ ebensoviel nach links verlieren, wie als Verräter an ihrem Volk nach rechts.

Von der andern Seite wird den deutschen Sozialdemokraten gesagt, daß ein innerpolitischer Umschwung nicht möglich ist, solange alle deutschen Parteien dem tschechoslowakischen Staat gegenüber leere Abstinenz- und Negationspolitik trieben, daß er aber da sei in dem Augenblick, in dem eine deutsche Partei in einer Regierungskoalition mitentscheidenden Einfluß übe und deutsche Sozialdemokraten als Minister der tschechoslowakischen Republik mit im Kabinett sößen. — Das ist der Fehlerkreis, aus dem ein Ausweg noch nicht gefunden ist.

Einstweilen sind die ganzen Zustände widerspruchsvoll und unnatürlich. Man denke sich ein ganzes Volk, das in seinem Innern keine Parteigegegensätze dulden kann, wenn es nicht seine nationale Stellung und vielleicht seinen Staat selbst verlieren will. Auf einer solchen Koalitionsbasis müßte alles geistige Leben, jeder politische Fortschritt erstarren. Tatsächlich aber — das ist die Natur der Klassenkoalition — läßt sich nicht unterdrücken — herrscht in der alltschechischen Konzentration der bitterste Streit der Parteien. Ihr Auseinanderbrechen ist nur eine Frage der Zeit.

Was dann? So fragen sich die Deutschen, so fragen sich aber auch die tschechischen Sozialdemokraten. Und die Hoffnung braucht nicht aufgegeben zu werden, daß für den Augenblick der Krise eine gemeinsame Antwort gefunden werden kann. Gäbe es eine einheitliche, starke Internationale, der die beiden Parteien angehörten, so wäre das Suchen nach einer Lösung wenigstens erleichtert. Aber außerhalb der Tschechoslowakei kümmert man sich wenig darum, wie sich die tschechoslowakischen Parteien jenes Landes gegenseitig bekämpfen und wie sie sich mit ihren eigenen Mägen abfinden. Und doch ist die Frage, was aus der tschechoslowakischen Republik wird, ganz ihrer geographischen Lage für ganz Europa von viel größerer Bedeutung, als es der Größe und Volkszahl des Landes entspricht, vielleicht von entscheidender!

Eine tschechoslowakische Republik, die in friedlichem Zusammenleben ihrer Völker ihre reichen wirtschaftlichen Kräfte voll entwickelt, die ein Freund ihrer Nachbarn ist und mit ihnen in sozialer Beziehung Schritt hält — das ist eine Forderung an die Zukunft, die im Interesse einer friedlichen, freibleibenden Entwicklung ganz Europas Erfüllung finden muß. Hier liegt eine überaus wichtige Aufgabe international sozialistischer Politik.

Bedenket Des Fonds für euer Zentralorgan!

ten des Chlors (Leblancprozeß) — Mangel an Salzsäure, der neu geschaffene Bedarf bleibt ungedeckt infolge des Solvanprozesses — Ueberfluß an Chlor infolge der elektrolytischen Methode, aber Mangel an Salzsäure — und die neueste Phase ist: Ueberführung des elektrolytischen Chlors in Salzsäure durch die Prozesse der organischen chemischen Großindustrie. Der Bedarf entwickelte die Technik, die Technik aber neuen Bedarf. Von der Seite der Technik aus gesehen, ergibt sich folgendes: Die Entwicklung der Technik bewirkt nicht nur rein technisch-industrielle, sondern auch allgemein wirtschaftliche Umwälzungen. Sie wirkt ein auf die Marktzentration, aber auch auf die Kapitalkonzentration. Das Wesen der Technik der chemischen Großindustrie — ihre Verknüpfung mit anderen Industrien, die Abhängigkeit eines Zweiges der chemischen Industrie vom andern, dazu die Grobheit der nötigen Apparaturen führte zur industriellen Konzentration. Nächste Aufgabe zur Entwicklung des modernen Großkapitalismus sind also von der Technik aus. Diese durch die Entwicklung und das Wesen der Technik gegebenen Entwicklungslinien zielen auf eine Kontrolle und geordnete Leitung der industriellen Prozesse und Unternehmungen, die auf der Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse der Chemie beruhen, auf die Schaffung der organisatorischen und technischen Bedingungen für eine sozialistische Kontrolle und Leitung. Bisher aber noch vollzieht sich diese Entwicklung, die wechselseitige Beeinflussung von Technik und Wirtschaft, die organische Zusammenfassung der Produktivkräfte im kapitalistischen System. Die soziale Aufgabe zu erfüllen, diese Entwicklung wahrhaft der Allgemeinheit dienlich zu machen, ist die Sache der Arbeiterschaft.

Annahme des Budgets im Senat.

Ablehnung sämtlicher deutscher Änderungsanträge.

Nach tagelanger ermüdender Debatte, in welcher, wie Genosse Professor Wichowski richtig bemerkte, die Regierungsparteien und die Opposition nur noch mehr von einander entfremdet wurden, fand gestern die Abstimmung statt. Die Regierungsparteien haben den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz für das Jahr 1922 in erster Lesung angenommen. Alle Anträge, so wohl unserer Partei als auch der Kommunisten und der Deutschbürgerlichen wurden in Vorschub und Vogen abgelehnt, die Regierungsparteien nahmen sich nicht einmal die Mühe, sie an den Budgetauschuß rückzuverweisen; also nicht einmal das Massengrab! Mit großem Bedauern stellen wir das Ergebnis der schier endlosen Debatte fest, denn selten fielen an anderer Stelle so viel peroratorische Worte für die Vereinnahmung des nationalen Jüstices wie von deutscher Seite und nicht oft wurde so fruchtbare sachliche Kritik geübt, wie bei der Budgetdebatte im Senat. Aber alles Reden scheint hierzulande vergebens zu sein. Insbesondere die tschechischen Sozialdemokraten sind auch im Senat geradezu hartbösig, denn sonst hätte es nicht auch hier zu einer noch grausameren Wiederholung der Schandabstimmung kommen können. „Wenn man Euch unter Todesurteil vorlegen wird, werdet Ihr es auch unterschreiben“ — dieser Jurist Dr. Sessler hat leider immer mehr Berechtigung und findet seine Bestätigung auch in der brutalen Abstimmung. Die nächste Sitzung des Senats beginnt Montag um 11 Uhr vormittags.

Das Abgeordnetenhaus

verhandelte in seiner Sitzung am Samstag das Gesetz auf Verlängerung der Wirksamkeit der Verfügung des Ständigen Ausschusses, durch welche die Einzelgerichtsbarkeit in Strafsachen für Verbrechen und Vergehen eingeführt wird. Den Bericht erstattete Dr. Matoušek als einziger Redner in der Debatte sprach

Die Grundablogung, welche die ganze Tätigkeit des Hauses beherrscht, ergreift auch die Strafrechtspflege. Die in jedem geordneten Rechtsstaate zum Schutze der Einwohner anerkannten Prinzipien der Strafrechtspflege sind: Niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen werden; die Qualifikation der Tat und die Strafe dürfen nur nach dem Gesetze vom Gericht festgesetzt werden. Der öffentliche Ankläger hat keine entscheidende Gewalt, sondern ist nur Partei im Strafverfahren. — Die Verfügung des Ständigen Ausschusses hat bereits der Staatsanwaltschaft die ihr prinzipiell nicht zustehende Nachvollkommenheit gegeben, die Kollegialgerichtsbarkeit in bestimmten Fällen auszuschalten und den Strafrazz zu fixieren. Unsere Befürchtungen, daß diese Bresche im Bau der Strafrechtspflege sich leicht erweitern werde, hat sich nun verwirklicht. Der vorliegende Gesetzentwurf gibt der Staatsanwaltschaft die Befugnis, eine Tat, welche nach dem Gesetz Verbrechen wäre, als Uebertretung zu qualifizieren. Die Staatsanwälte werden so als Wohltäter hingestellt, doch haben sie nach dem Gesetzentwurf die Wohltat nach freiem Willen bezw. nach den Weisungen des jeweiligen Justizministers zu erweisen.

Dies ist der Beginn der Kabinettsjustiz. Der einzig richtige Weg, die Qualifikation von Vermögensdelikten den geänderten Wertverhältnissen anzupassen und gleichzeitig eine Gerichtsentscheidung herbeizuführen, ist der weitere Ausbau der Strafrazz. Wir haben bereits im Vorjahre einen diesbezüglichen Resolutionsantrag gestellt, welcher abgelehnt wurde. Heute stellt Herr Dr. Patejdl (Regionär) denselben Resolutionsantrag und die Mehrheitsparteien haben ihn im Ausschusse genehmigt. — Genosse Dr. Haas begründet hierauf einen Änderungsantrag, welcher zum Zwecke hat, dem Gerichte auch ohne Antrag der Staatsanwaltschaft zu ermöglichen, ein sonst als Verbrechen zu bestrafendes Vermögensdelikt als Uebertretung zu bestrafen. Der Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen der Mehrheitsparteien, der Resolutionsantrag Patejdl mit allen Stimmen angenommen. Der Änderungsantrag Haas wurde von den Mehrheitsparteien abgelehnt. Sodann wurde der Senatsbeschluss über den Schutz des Zeichens und der Benennung „Noten Kreuz“ nach dem Berichte Rosets ohne Debatte angenommen. Zu dem von den Abg. Klein, Hirsch, Wittich und Genossen eingebrachten Gesetz über

den Anspruch der Handelsangestellten in der Slowakei und Karpathenland auf Geldbezüge in einigen Fällen militärischer Dienstpflicht sprach der Berichterstatter Abg. Klein (tsch. Linke): Die sozialen Gesetze der Republik wurden bis heute in der Slowakei und in Karpathenland noch nicht angewendet, da beide Gebiete der Republik bisher durch ungarische Gesetze verwaltet sind. Dadurch ergeben sich Differenzen, wie es insbesondere bei der letzten Mobilisierung der Fall war. Die Privatangestellten, welche dem Handelsgesetz unterliegen, haben bei der Einrückung Ansprüche auf vierwöchige weitere Bezüge, wenn sie in dem Unternehmen wenigstens ein Jahr ununterbrochen beschäftigt sind. Da aber das Handelsgesetz in der Republik noch nicht unifiziert ist, haben die Privatangestellten der Slowakei und Karpathenlands diese Entschädigung nicht erhalten. Dabei soll dieses Gesetz den demobilisierten Privatangestellten nunmehr ebenso wie ihren Kollegen in Böhmen und Mähren zugute kommen. Gleichzeitig wird die Regierung ersucht, daß die Unifizierung auf die Slowakei und Karpathenland möglichst bald durchgeführt wird und daß die Durchberatung der bereits vor einem Jahre eingebrachten Anträge zur Novellierung des Handelsangestellengesetzes demnächst erfolgen möge, damit die sozialen Gesetze in der Republik einheitlich durchgeführt werden. Das Gesetz wurde ohne Wechselrede in erster Lesung angenommen. Zum Schluß wurde die zweite Lesung eines Gesetzes durchgeführt.

Das Attentat auf die Staatsangestellten gegliedert.

In der Nachsitzung des Abgeordnetenhauses am Freitag, über deren Verlauf bis gegen Mitternacht wir gestern berichteten, sprachen nach dem Genossen Taus Abg. Brodecky (tschechische Linke), der sich vor allem der Eisenbahner annahm. Das Industriekapital jagt die Regierung als Avantgarde im Kampfe des Kapitals gegen die Arbeit voran. Dann sprachen die Abgeordneten Schollich, Simm, Luschka, Hauser und Hirsch,

der feststellt, daß von den tschechischen Parteien niemand es in der Wechselrede wagte, zu diesem Gesetze zu sprechen. Sie glauben wahrscheinlich, daß so die Staatsangestellten nicht erfahren werden, wer das Verbrechen an ihnen verübte. Aber sie täuschen sich. Erst versuchte man Lohnabbau bei den Bankbeamten und dann bei den Bergarbeitern. Diese sind aber aus anderem Holze geschnitten als die Staatsangestellten, die erst die Kampfmethoden der Arbeiter lernen müssen. Der Berichterstatter, Herr Kubicek, ist auch ein „Angestellter“, — nämlich Direktor der Spirituszentrale. Ich möchte diesen Herrn fragen, wie hoch sein Gehalt ist. Und solche Leute haben die Kühnheit, hier gegen die Staatsangestellten aufzutreten!

Nach den Abgeordneten Kallina und Blazek sprach

Grünzner, der das Petka-System mit aller Schärfe geißelte. Man wollte offenbar den direkten Abbau der Teuerungszulagen vornehmen und da man das nicht offen wagte, hat man zur Verschleierung diesen Ausweg gesucht. Die Staatsangestellten sollen eine Einbuße von 400 K bis 10.000 K erleiden. Es ist ungewiß, wie sich zu einem solchen Attentat sozialistische Parteien hergeben können. Durch dieses Gesetz wird das Paritätengesetz durchbrochen. Die Staatsangestellten waren schon vor dem Kriege ungenügend bezahlt, standen immer weit hinter allen anderen Angestellten und den Arbeitern im Lohn zurück. Die Steigerung ihrer Gehälter beträgt nicht mehr als 50 bis 90 Prozent. Wir fordern eine dauernde Regelung der Gehälter der Staatsangestellten und die Einrechnung der Teuerungsbeträge in die Pensionsbezüge. Dann sprach Bubenik und nach ihm Kostka, bei dessen Rede der Meritale Wobslibee und andere Mehrheitsparteiener ununterbrochene Zwischenrufe machten. Es entstand großer Lärm, der sich noch steigerte, als die Berichterstatter zu Worte kamen — wollten. Sie wurden mit Pfui- und Bankarufen empfangen. Präsident Tomasek brachte den Antrag Huidels auf Schluß der Debatte zur Abstimmung. Unter ungeheurer Kravall wählte man Schubert (W. d. L.) zum Generalredner contra. Vor ihm verlas der Generalproredner Mahypetr eine gemeinsame Erklärung der Mehrheitsparteien.

Die Abstimmung. Präsident Tomasek schritt dann zur Abstimmung. Alle Anträge der Oppositionsparteien wurden mit 128 gegen 82 Stimmen

abgelehnt und der Regierungsantrag in erster und zweiter Lesung angenommen. Die Sitzung wurde um 4 Uhr früh geschlossen.

Teuerungszulagen zu den Unfallrenten.

Eine Rede des Abg. Gen. Hackenberg.
Wir tragen hier die Rede nach, die Abg. Genosse Hackenberg am Donnerstag im Abgeordnetenhaus bei der Verhandlung des Berichtes des sozialpolitischen Ausschusses über den Regierungsentwurf betreffend die Verlängerung der Wirksamkeit des Gesetzes über die Teuerungszulagen zu den Unfallrenten gehalten hat.

Gen. Hackenberg

fährte aus: Es ist zweifellos, daß diese Regierungsvorlage eine Verbesserung bedeutet. Der Mangel des bisherigen Gesetzes war der, daß die Teuerungszulagen prozentuell von den Renten berechnet wurden, welche nach den Vorkriegsgehilfen bemessen waren. Diese sind so niedrig, daß die Unfallrentner selbst bei vollständiger Arbeitsunfähigkeit und bei Bezug der vollen Rente davon nicht leben können. Eine ungeheure Verschlechterung der Lage aller dieser Unfallrentner trat durch den Krieg ein, der eine Teuerung und Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse mit sich brachte. Durch die Gewährung der Teuerungszulagen nach dem Gesetz vom Jahre 1919 wurde nun der Beitrag prozentuell von dieser niedrigsten Rente bemessen. Wir anerkennen, daß die Regierungsvorlage den Vorteil hat, daß die Teuerungszulagen nicht mehr prozentuell von der Unfallrente berechnet werden, sondern daß dem Unfallrentner, dem Grade der Erwerbsunfähigkeit entsprechend ein Pauschalbetrag als Teuerungszulage gegeben wird. Wir müssen aber feststellen, daß durch diese Vorlage das Elend der Unfallrentner nicht beseitigt wird, sondern daß sie auch nach der Beschließung dieser Vorlage noch immer Bettler bleiben werden. Auch bei diesen Teuerungszulagen ist es nicht möglich, das Auslangen zu finden. Nach den statistischen Anweisungen der Unfallversicherungsanstalten sind die Renten aus der Vorkriegszeit so niedrig, daß sie bei den heutigen Verhältnissen einen Pappentitel bedeuten. Es wird also der größte Teil der Unfallrentner entweder der Armenversorgung der Gemeinde zur Last fallen, oder, da diese Armenversorgung der Gemeinden in den meisten Fällen unzureichend ist, gezwungen sein, zu betteln. Wenn ich von der Armenversorgung spreche, so möchte ich auch einige Worte hiezu sagen. Diese Armenversorgung ist in den großen Städten, wo es doch etwas besser aussieht, elend, schrecklich ist sie aber auf dem flachen Lande. Redner bringt ein Beispiel aus Brünn wo bei der Armenpflege eine Höchstrente beziehungsweise Höchstunterstützung von 1.200 täglich für die Person besteht. Es ist ganz klar, daß kein einziger Unfallrentner imstande ist, mit der Unfallrente samt Teuerungszulagen, selbst, wenn man die Armenunterstützung hinzunimmt, sein Auslangen zu finden. Es wäre vorteilhafter, wenn man jenen Rentner, die niedrige Renten beziehen, einen höheren Zuschuß einräumte, als jenen, die infolge höheren Verdienstes schon eine höhere Rente zu erzielen vermöchten. Die deutschen Sozialdemokraten verlangten im sozialpolitischen Ausschuss eine Erhöhung der Höhe der Regierungsvorlage von 600, 900 und 1200 Kronen auf 900 Kronen, beziehungsweise 1200 und 1500 Kronen, je nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit. Sie verlangten außerdem, daß bei Familienangehörigen 650 Kronen, beziehungsweise 325 Kronen als Zulagen bewilligt werden, und bei jenen Rentnern, die fremder Hilfe bedürftig sind, ein Rentenzuschuß von 250 Kronen. Ferner, daß die Höchstrenten von 2400 Kronen auf 3600 Kronen, von 3600 auf 4800 und von 4800 auf 6000 Kronen erhöht werden. Man hat diese höheren Sätze nicht bewilligt, sondern im sozialpolitischen Ausschuss alle unsere Abänderungsanträge abgelehnt. Wir haben neben diesen abgelehnten Anträgen, auch noch zwei andere Anträge überreicht. Es ist in dem Gesetze nicht klar zum Ausdruck gebracht, daß sich diese Teuerungszulagen auch auf die Zeit des Heilverfahrens beziehen. Es wurde vom Berichterstatter auf diesen Mangel, auf den wir hingewiesen haben, Rücksicht genommen, festgestellt, daß es selbstverständlich ist, daß die Unfallrente auch während der Heilverfahrenszeit zu bezahlen sei. — Es hieß weiter im Gesetz, daß der Anspruch auf den Teuerungszulagebeitrag allen jenen Personen zuerkannt wird, die einen Unfall vor dem 1. Juli 1921 erlitten haben. Die Rentenzuerkennung erfolgt nun durch die Unfallversicherungsanstalt erst um Monate im Nachhinein. Wir beantragen, daß allen jenen, die einen Unfall vor dem 1. Juli 1921 erlitten haben, ohne Rücksicht

darauf, ob ihnen die Rente bereits zuerkannt wurde oder nicht, dieser Zuschlag bezahlt werden, wenn ihnen die Rente bemessen wird. Dieser Antrag bedeutet die Sicherung für den Rentner, daß er den Teuerungszulagebeitrag bekommen muß, auch wenn die Rente noch nicht bemessen worden ist. Obwohl das Gesetz nicht voll entspricht, werden die deutschen Sozialdemokraten dennoch für dieses Gesetz stimmen, weil es eine wesentliche Verbesserung des bisherigen Verhältnisses bedeutet. (Beifall.)

Sozialpolitischer Ausschuss. In der gestrigen Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses wurde der Antrag Tayerle-Roscher verhandelt, der bekanntlich verlangt, daß im Gesetz über die Arbeitslosenunterstützung die Bestimmung beseitigt werde, daß allgemein nach sechsmonatlichem Bezug die Arbeitslosenunterstützung aufhöre. Weiter steht der Entwurf vor, daß neben den öffentlichen Arbeitsvermittlungsinstituten auch die gewerkschaftlichen angeführt werden. In der Generaldebatte erklärte der Vertreter des Finanzministeriums, daß die Regierung keiner anderen Fassung des Gesetzes zustimmen könne. Der Vertreter des Ministeriums für soziale Fürsorge bemerkte, es werde von diesem Ministerium in allen notwendigen Fällen von dem Rechte Gebrauch gemacht werden, die Dauer der staatlichen Arbeitslosenunterstützung auf ein Jahr zu verlängern. Der Berichterstatter Tayerle verzichtete hierauf auf diesen Teil des Antrags, wogegen sich die Gen. Pohl und Schäfer wandten. Die Mehrheit des Ausschusses ist mit dem Berichterstatter einverstanden, die übrigen Bestimmungen des Gesetzeswurdes werden ohne Debatte angenommen. Der tschechische Agrarier Dubicko berichtet über den Gesetzentwurf betreffend die Raubbewegung. Gen. Pohl verweist darauf, daß im Handels- und Verkehrsanschuss tags zuvor alle sachlichen Abänderungsanträge von der Mehrheit plat abgelehnt wurden, woraus hervorgehe, daß auch an diesem bedeutsamen Gesetz kein Strich mehr geändert werden dürfe. Gegen ein solches Vorgehen legen die Mitglieder des deutschen sozialdemokratischen Klubs Verwahrung ein. Hierauf verließen unsere Genossen die Sitzung.

Am Budgetauschuss gelangte der Gesetzentwurf über die Staatsgarantie für die Verbände der Gewerkschaften zur Verhandlung. Berichterstatter Kollarik verlangte die Umwandlung der Garantie in Staatskredit. In der Debatte sprachen Kemeisz, Slawitschek, der den Antrag zurückzieht, Petrovich, Chalupa und Taus, der es begrüßt, daß der Gewerkschaften hier eine weite Spannung sei. Er widerlegte die Behauptung Slawitscheks, daß es überall, in jedem Paragrafen, eine Festsatz gebe und verwies auf England. Die Staatsgarantie ist ungenügend. Wir verlangen Staatsgarantie aber auch für Arbeiter, Gewerkschaften und Wirtschaftsgenossenschaften. Das Gesetz wurde in der vorliegenden Fassung angenommen.

Nachher sollte das Gesetz über die Bonitätigkeit zur Verhandlung kommen. Genosse Hackenberg stellt den Antrag, daß die Verhandlung dieses Gesetzes vertagt werde, da jetzt erst der Verlehrsanschuss darüber berät und der sozialpolitische Ausschuss verlangt hatte, daß es auch ihm zur Beratung zugewiesen wird. Es gehe nicht an, daß zugleich drei Ausschüsse über ein Gesetz beschließen sollen. Die Verhandlung des Gesetzes wurde dann zurückgestellt.

In der Sitzung am Samstag gelangte als erster Punkt die Festsetzung eines Prozentsatzes von 150 Millionen Kronen zum Zweck der Alters- und Invalidenversorgung zur Verhandlung. Nach dem Referenten Chalupa sprach Dubnik, der mit der Vorlage durchaus nicht zufrieden ist, da durch sie die Sozialversicherung nur hinausgeschoben wird. Maloch trat dafür ein, daß aus diesem Fonds auch die alten Gewerbetreibenden und die kleinen Landwirte eine Unterstützung erhalten. Windisch schloß sich diesen Ausführungen an. Genosse Hackenberg erklart in diesem Gesetz nur eine Augenaußwärtigkeit. Solange nicht festgestellt sei, wer von der Altersversicherung erfaßt wird, könne man keine Summe nennen. Es werden Notierungen vorgenommen, ohne zu wissen, wieviel wir brauchen. Es müssen alle Personen unterstellt werden, die von der Sozialversicherung ausgeschlossen werden.

Die Verhandlungen mit Deutschösterreich.

Die österreichischen Unterhändler haben die Tschechoslowakei wieder verlassen. Die amtliche Telegraphenagentur wußte viel zu berichten, wie sie begrüßt wurden, wie sie sich benahmen und dergleichen mehr. Ueber den Inhalt der Abmachungen erfuhren wir aus den offiziellen Berichten etwas weniger als gar nichts. Das ist so die Art, auf welche in unserer „demokratischen Republik“ die Geheimtuerer der alten Diplomatie „beseitigt“ wurde. Man wirft der Öffentlichkeit einige allgemeine Wendungen hin, die sie sich in ihrem Sinne ausdeuten mag, die Augen der Redaktionen schließen ihre tiefstinnigen Erwägungen daran und Herr Dr. Benesch knüpft, wie die Adraffy und Golschowsky in den Tagen Franz Josephs, inzwischen die Maschinen eines Reges von Verträgen, in welchem wir uns eines Tages gappend gefangen sehen. So

was, als man sich mit Eifer gegen Deutschland und Rußland wand, und so ist es jetzt bei den Vereinbarungen zwischen Dr. Benesch und dem Reichskanzler Schober. An dieser grundsätzlichen Feststellung ändert die Tatsache nichts, daß wir die Verhandlungen der Tschechoslowakei und Deutschösterreichs mit ungeteilter Freude begrüßen und jedes dabei erzielte Ergebnis als einen großen positiven Gewinn für die Zukunft buchen.

Wenn wir freilich die „Ergebnisse“, welche Dr. Schober bei einem Journalistenempfang in allgemeinen Zügen andeutete, genauer erwägen, so können wir uns des Gedankens nicht erwehren, daß all das weit billiger zu haben gewesen wäre. Man hätte nur die Fäden, die seit Jahrhunderten bestanden, in der Freude der glücklich erlebigen Habsburgerzeit nicht voreilig ganz zu zerschneiden brauchen, dann müßte man nicht jetzt, drei kurze Jahrzehnte später, Verkehrs- und Reiseerleichterungen beschließen, müßten nicht die Vereinbarungen von Bortorose, über die sich noch immer ein geheimnisvolles Halbdundel breitet, ausdrücklich gutheißen und einen Handelsvertrag ratifizieren, der dort dürftige Notstege baut, wo vor Kurzem noch mächtige Brücken führten. Als letzter und wichtigster Gewinn der Verhandlungen ist ein Schiedsgerichtsvertrag hervorzuhelien, welcher alle künftig etwa entstehenden Streitigkeiten ohne das Schwert zu schlichten verspricht. Durch diese Abmachung sind Deutsch-Österreich und die Tschechoslowakei befähigt, als wirklich friedliche Nachbarn nebeneinander zu leben, besonders, weil zum Glück nicht dicht neben ihr, wie im polnischen Vertrag, die unheilbedrohende Erlaubnis freier Munitionsdurchfuhr steht.

Mittleuropa, welches im Spätherbst 1918 ohne Not erschlagen wurde, beginnt langsam wieder aus den Trümmern zu erheben, der Uebernationalismus erweist sich als stärker wie der überall Scheidewände errichtende, unsern Kontinent zum Balkan umwandelnde Nationalismus. Es war falsch und kurzichtig zu meinen, daß die Nationalstaatsidee nicht anders gelöst werden könne als durch Absperrung der Völker von einander. Dieser ungelungene Versuch, an welchem das Wirken des Dr. Benesch während der Friedensverhandlungen ein wohl gemessenes Teil Mischuld trägt, hat Handel und Wandel, Industrie und Lebenshaltung Europas zerstört. Die Zukunft und alle Möglichkeiten der Entwicklung verlangen die zielbewusste Zusammenarbeit der Völker. Viel ist hier verdorben, viel Groll, Neid und Mißtrauen gelät worden. Dr. Benesch muß nun abbauen, was er in der trüben Zeit vorher zusammengetragen hat. Gelingt es ihm, soll es uns aufrichtig freuen, doppelt freuen im Falle Deutsch-Österreich. Denn die Macht, welche der Sozialismus dort sich zu erheben wußte, wird auch der üppigen Reaktion hierzulande den Maulkorb anlegen helfen.

Finanzabkommen zwischen Deutschösterreich und der Tschechoslowakei.

Prag, 17. Dez. (Tsch. P. B.) Heute nachts wurden im Finanzministerium die Finanzabkommen mit der österreichischen Republik unterzeichnet, über welche seit Freitag voriger Woche verhandelt wurde. Es ist dies insbesondere das Depositenabkommen, das die genauen Bedingungen enthält, unter denen sich Österreich verpflichtet, und die Vorkriegsrenten herauszugeben, welters das Abkommen über die Konstruierung der gegenseitigen Forderungen und Schulden, die auf alle Kronen lauten. Diese Konstruierung ist ein vorbereitender Schritt zur gegenseitigen Ausgleichung der Forderungen und Schulden, die längstens bis Ende Juni 1922 erfolgen soll. Bis zu diesem Zeitpunkte werden Stritte wegen Erfüllung solcher Forderungen ruhen gelassen.

Der Abstimmungsschwindel in Oedenburg.

Wien, 16. Dezember. (R.-B.) Die amtliche ungarische Nachrichtenstelle verbreitet Mitteilungen, wonach heute in Oedenburg und Umgebung die sogenannte Volksabstimmung fortgesetzt und beendet wurde. Sie gibt bekannt, daß in den Gemeinden Groß-Zinken-dorf und Fertöbogy vorausichtlich alle Abstimmenden für Ungarn gestimmt hätten, während die in Kroidsach ungefähr gleichmäßig auf Ungarn und Oesterreich entfielen. Die Veröffentlichung dieses Resultates im gegenwärtigen Augenblick berührt umso eigenartiger, als das Skrutinium noch nicht vollzogen sein kann.

Das amtliche Ergebnis der Oedenburger Abstimmung.

Wien, 17. Dezember. (Tsch. P. B.) Wie von amtlicher ungarischer Seite mitgeteilt wird, hat die Entente-Kommission heute die Fählung der bei der Volksabstimmung in Oedenburg

abgegebenen Stimmen beendet. Für Ungarn seien 13.343, für Oesterreich 8227 Stimmen abgegeben worden.

Mißhandlung von österreichischen Soldaten durch ungarische Truppen.

Wien, 17. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Am 12. Dezember hat eine österreichische Patrouille, die aus vier Mann bestand, beim Weierhof Deshto an der südlichen Spitze des Neufiedler Sees die neutrale Zone passiert, dort wurde sie von ungarischem Militär gefangen genommen und schwer mißhandelt. Als die österreichische Mannschaft davon erfuhr, bat sie das vorgesezte Kommando um die Erlaubnis, die Gefangenen zu befreien. Das Kommando hat aber, um Blutvergießen zu vermeiden, die Bitte abgelehnt. Mittlerweile hatten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten beim Bundeskanzler beschwert und Schritte zur Befreiung der vier Gefangenen verlangt. Infolgedessen wurden die vier Leute freigelassen. Sie waren aber so schwer mißhandelt worden, daß zwei von ihnen sofort in das Spital nach Wien gebracht werden mußten. Die sozialdemokratischen und großdeutschen Abgeordneten haben in der Nationalversammlung eine diesbezügliche Anfrage eingebracht.

Die Krompacher Urteile.

Deutschlan, 17. Dezember. (Tsch. P. B.) Im Krompacher Schwurgerichtsprozeß wurde heute das Urteil gefällt, demzufolge ein Angeklagter zu sieben Jahren, fünf zu sechs Jahren, einer zu vier Jahren Zuchthaus und einer zu einhalb Jahren Kerker verurteilt wurden. Alle Angeklagten dürfen außerdem während fünf Jahren keine öffentlichen Ämter bekleiden. Die Untersuchungshaft wird ihnen eingerechnet. Sechs Angeklagte wurden freigesprochen und sofort auf freien Fuß gesetzt. Der Staatsanwalt und der Verteidiger haben sich eine dreiwöchige Frist zur Einbringung der Berufung vorbehalten. Die Beratung der Geschworenen dauerte von 8 bis halb 12 Uhr.

Vorläufige Antwort auf das Moratoriumsverlangen.

Berlin, 17. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Heute mittags ist der Regierung die Antwortnote der Reparationskommission ihrem Inhalt nach mitgeteilt worden. Die Note enthält drei Fragen. Es wird Aufklärung darüber verlangt, welche Einzelbeiträge von der in der deutschen Note zugesagten Zahlung in den Monaten Jänner und Feber geleistet werden, ferner, wie lange der Ausschub dauern soll und welche Garantien während des Ausschubes für die Zahlungsleistungen gegeben werden können. Es war vor auszusehen, daß die Reparationskommission auf einem rein geschäftsmäßigen Standpunkte stehe und sich lediglich mit den beiden im Jänner und Feber fälligen Ratenzahlungen beschäftigen wird. Die wirkliche Entscheidung über das ganze Reparationsproblem wird erst in der Zukunft zwischen Lloyd George und Briand gefällt werden.

Die Reparationskommission verlangt konkrete Vorschläge.

Paris, 17. Dezember. Nach einer Sabasmeldung heißt es in der Antwort der Reparationskommission auf die Note der deutschen Regierung: Die Kommission kann nur ihrer Ueberraschung darüber Ausdruck geben, daß in dem Briefe des Kanzlers keine genauen Angaben enthalten sind, weder bezüglich der Devisen, welche die deutsche Regierung an jedem Verfallstage, am 15. oder 15. Feber bereitstellen kann, noch betreffs der Dauer des Ausschubs, der erbeten wird, um den Rest zu begleichen, noch bezüglich der Garantien, die in der Zwischenzeit angeboten werden. Wenn die Kommission diese Einzelheiten nicht erfährt, und solange sie sie nicht erfahren hat, ist es ihr unangenehm, das Gesuch der deutschen Regierung in Verächtlichkeit zu ziehen oder auch nur zu prüfen. Die Reparationskommission stellt mit Bedauern in dem Briefe des Kanzlers das Fehlen irgend eines Hinweises auf die Maßnahmen fest, die der Kanzler angewendet hat oder anwenden will, um den von der Kommission in ihrer mündlichen Erklärung vom 13. November und im Briefe vom 2. Dezember, auf den die Kommission besonders die Aufmerksamkeit lenkt, ausgesprochenen Wünschen nachzukommen.

Deutschlands Schulden: 132 Milliarden Goldmark.

Berlin, 17. Dezember. (Tsch. P. B.) Der Hauptausschuss des Reichstages nahm heute den Nachtragshaushalt für die Ausführung des Friedensvertrages in Verbindung mit den Haushalten der allgemeinen Finanzverwaltung und des Reichsfinanz-

ministeriums an. Von Selke der Regierung wurde mitgeteilt, daß die erheblichen Mehrforderungen überwiegend durch den Zahlungsplan des Londoner Ultimatum vom 5. Mai bewirkt sind. Darnach beträgt die Gesamtschuld des deutschen Reiches und seiner ehemaligen Verbündeten 132 Milliarden Goldmark, die sich um den noch näher festzustellenden Betrag der Leistung des 1. Mai 1921 und um den Betrag der belgischen Schuld an die Alliierten ermäßigen wird.

Ergänzungen des Deutschen Reichsministeriums.

Berlin, 17. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Der Reichsminister hat gestern nach der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses die Führer des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Demokraten zu sich gebeten und mit ihnen eine einstündige Besprechung gehabt. Die „Vossische Zeitung“ schreibt darüber: „Im Reichstag wurde an diese Konferenz die Vermutung geknüpft, daß der Reichsminister sich mit der Frage der Koalitionsbildung beschäftigt hat. Es wird jetzt überhaupt viel von neuen bevorstehenden Verhandlungen über die Bildung der großen Koalition und einer Umgestaltung des Reichsministeriums gesprochen. Es hat aber nicht den Anschein, daß diese Fragen aktuell sind. Jedenfalls ist der Reichsminister bisher weder an die Parteien der alten Koalition noch an die deutsche Volkspartei mit Anregungen in dieser Richtung herantreten und auch zwischen den Parteien ist eine Fühlungnahme nicht erfolgt. Wahrscheinlicher ist, daß der Kanzler die noch freien Ministerposten im Kabinett in nächster Zeit besetzen wird. Vor allem wird der Wiedereintritt Rathenau in die Regierung als nahe bevorstehend bezeichnet.“ Diese Mitteilungen werden offiziös bestätigt.

Sozialistische Einigungsbestrebungen in Mitteldeutschland.

Berlin, 17. Dezember. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bringt eine Meldung der unabhängigen „Volkzeitung“ in Dresden, wonach schon mehrfach Konferenzen der sozialistischen Minister von Braunschweig, Thüringen und Sachsen stattgefunden, um einen sozialistischen Block Mitteldeutschlands zu bilden. Auch sei zwischen der Arbeitergemeinschaft der Grundbesitzer zu einer sozialistischen parlamentarischen Mehrheit der Regierung der drei genannten Länder gelegt worden.

Wieder eine kommunistische „Säuberung“.
Berlin, 17. Dezember. Wie die „Freiheit“ mitteilt, wurde in einer Sitzung der Zentrale der kommunistischen Partei das Mitglied der Zentrale Friesland seines Postens als Generalsekretär der Partei entzogen.

Mittwoch Urteile im Jagow-Prozess.
Leipzig, 17. Dezember. (Tsch. B. B.) Nach den Schlussworten der Angeklagten im Jagowprozeß vor dem Reichsgerichte schloß der Präsident heute die Verhandlung. Das Urteil wird Mittwoch nachmittags verkündet werden.

Hochverräter Ludendorff!

Berlin, 17. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Die Unabhängige Fraktion hat im Reichstag eine Anfrage eingebracht des Inhaltes, ob die Regierung beabsichtigt, als Ergebnis des Jagowprozesses gegen Ludendorff die Anklage wegen Hochverrats zu erheben.

Albrechts Thronkandidatur in Ungarn.

Budapest, 17. Dezember. (Tsch. B. B.) Der Abg. Vingauer führte in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung aus: Die Anhänger des Erzherzogs Albrecht bilden eine formelle Nebenregierung. Die Regierung steht diesen Bewegungen nicht fern. Auch im Hause sei wiederholt davon gesprochen worden, daß nicht nur Graf Banffy, sondern auch Graf Bethlen sich in diesem Sinne geäußert haben, daß jetzt der Weg für Erzherzog Albrecht frei geworden sei. Dies sei bisher nicht dementiert worden.

Ein neues Ministerium Pafic.

Belgrad, 16. Dezember. (Tsch. B. B.) Die vom Präsidenten der Stupskina, Ribar, zwischen den Radikalen und Demokraten eingeleiteten direkten Unterhandlungen wurden heute nachmittags mit Erfolg abgeschlossen; es kommt zu einem radikal-demokratischen Koalitionskabinett Pafic, welches die Leitlinien der bisherigen inneren und äußeren Politik beibehalten wird.

Das neue rumänische Kabinett.

Bukarest, 17. Dezember. (Rador.) Take Ionescu teilte dem Könige mit, daß er bereit sei,

das Kabinett zu bilden. Er werde noch heute die Ministerliste vorlegen. Die Opposition, welche in der letzten Session des Parlamentes sich absentiert hatte, wird dorthin zurückkehren.

Frankreichs Rüstungswahnsinn zur See.

London, 16. Dezember. (Reuter.) Bei der gestrigen Zusammenkunft der Secunterkommission in Washington hat die französische Abordnung mitgeteilt, daß Frankreich den Bau von zehn Kreuzern zu 35.000 Tonnen wieder in Aussicht genommen hat und zwar während eines Zeitraumes von zehn Jahren nach dem Jahre 1925. Wenn Frankreich dieses Programm ausführt, wird Italien, wie man zu wissen glaubt, ein ähnliches Programm aufstellen.

Widerstand Englands und Amerikas.

London, 16. Dezember. (Reuter.) Wenn das von Frankreich unterbreitete Flottenprogramm tatsächlich durchgeführt wird, so bedeutet das, daß Frankreich und Italien 200.000 Tonnen mehr an Großkampfschiffe haben werden als Amerika oder Großbritannien. Solche Schiffe würden 10 Millionen Pfund Sterling kosten. Bei den augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnissen in Europa ist es schwer einzusehen, woher das Geld für ein so ausgedehntes Bauprogramm kommen soll. Großbritannien erkennt das Recht Frankreichs an, eine angemessene Flotte zu besitzen. Es ist nicht sein Wunsch, sich in dieser Frage einzumischen, ist jedoch der Ansicht, daß die französische Forderung übertrieben ist. Außerdem würde ein solches Programm das augenblickliche amerikanische und englische Programm umwerfen. Wie verlautet, sind die Amerikaner im allgemeinen derselben Ansicht wie England und widersetzen sich dem französischen Programm aus denselben Gründen.

England ratifiziert den irischen Vertrag.

London, 16. März. (Laurenzberg.) Der irische Vertrag wurde von den beiden Kammern des englischen Parlamentes ratifiziert. Im Unterhaus wurde er nach Ablehnung eines Gegenantrages mit 40 gegen 58 Stimmen, im Oberhaus ebenfalls nach Ablehnung eines Gegenantrages mit 166 gegen 47 Stimmen angenommen.

Neue Rüstungen als Folgen der Washingtoner Konferenz.

Englische Befürchtungen.

London, 17. Dezember. Die Blätter nehmen die Berichte über den Washingtoner Beschluß in Angelegenheit des Verhältnisses der Kriegsschiffe mit gemischten Gefühlen auf. Da Japan das Schlagschiff „Mutsu“ behalten darf, wird England gezwungen sein, zwei neue Schlagschiffe zu 35.000 Tonnen mit einem annähernden Aufwand von 14 Millionen Pfund zu bauen. Dem Beispiele Japans folgend, hat auch Frankreich neue Forderungen gestellt, welche nach Ansicht der Blätter den ganzen Plan der Rüstungsbeschränkungen ernstlich beeinflussen können. Frankreich fordert, daß es eine ebenso starke Flotte wie Japan besitzen könne, in Wirklichkeit bedeutet jedoch das französische Bauprogramm, daß Frankreich Japan von seinem dritten Platz als maritime Weltmacht verdrängen würde. „Daily Chronicle“ sagt: Es wäre paradox, wenn die Washingtoner Konferenz nicht eine Beschränkung, sondern eine starke Erhöhung der Rüstungen zur Folge hätte und sagt weiter: Abrüstung und allgemeine Politik kann nicht von dem Problem der Zahlungsfähigkeit Europas getrennt werden. Wie könnte z. B. Großbritannien ein finanzielles Abkommen zu Gunsten Frankreichs abschließen, wenn es befürchten müßte, daß einige von den hierdurch gewährten Begünstigungen auf England selbst in Form einer durch die Vermehrung der Unterseeboote anderer Staaten hervorgerufenen maritimen Unsicherheit zurückfallen würde.

Revisionsbestrebungen in Amerika.

New-York, 16. Dezember. Senator Borah von der Partei der Unversöhnlichen erklärte in einer Rede, die Wohlfahrt der ganzen Welt hänge von drei Faktoren ab: Erstens von der vollständigen Revision des Versailleser Vertrages, zweitens von der Abrüstung aller Länder und drittens davon, daß das Schicksal der Völker nicht mehr durch Gewalt entschieden wird. Borah sagte, er werde im Senate die völlige Annullierung der europäischen Schulden an Amerika beantragen, aber nur unter der Bedingung, daß Europa den Versailleser Vertrag revidiere.

Italien für das hungernde Rußland.

Rom, 17. Dezember. (Havas.) „Giornale d'Italia“ meldet, daß die Regierung beschloffen habe, um 10 Millionen Lire Lebensmittel und Kleider für die hungernden Kinder nach Odessa zu senden.

Ausland.

Ein Sozialistengesetz in der Schweiz.

Im Schweizer Nationalrat steht gegenwärtig die Lex Säberlin zur Beratung. Sie bedroht alle jene mit Zuchthaus nicht unter drei Monaten, welche die Verfassung des Bundes oder einzelner Kantone bedrohen, namentlich der § 47, welcher sich gegen die Urheber eines Aufruhrs wendet, gestattet die Bestrafung der Geinnung. Rauschgiftartig, wie die Bestimmungen der Lex sind, können sie eigentlich auf jeden Streit angewendet werden, können zur Anbahnung jeder Lohnbewegung führen. Tatsächlich steht denn auch hinter dem Antrag das durch den Generostreit von 1917 geängstete Bürgertum als geschlossene Phalanx, die Sozialdemokraten bekämpfen ihn als Schweizer Wiedergeburt des Bismarckschen Sozialistengesetzes und weisen darauf hin, daß das geltende reaktionäre Strafgesetz des Landes dem Bürgertum ohnehin überaus Landhaken biete, seinen reaktionären Gelüsten zu frönen. Wie weit diese Gelüste gehen, beweist die jetzt dem Volksrat unterbreitete Motion Abt, welche die Schundliteratur in eine Zweimundstündendauer vermindern will. In Basel hat Dienstag eine große Demonstration gegen den Antrag Abt stattgefunden, die Gewerkschaften jeder Richtung schienen ihn entschieden ab. Alle diese Tatsachen weisen darauf hin, daß wie in der ganzen Welt, so auch in der „freien Schweiz“ der Rückschritt gegenwärtig im Tramp ist und daß die Arbeiterklasse daraus die Lehre für sich entnehmen sollte, sich vom Nihilismus zur vereinten Tat wieder aufzuraffen.

Inland.

Neue Krise in der tschechischen Merikalen Partei. Kaum sind die slowakischen Merikalen aus dem einheitlichen tschechoslowakischen Klub im Abgeordnetenhaus ausgetreten, ist die Partei von einer neuen Krise betroffen worden. Diesmal ist der Gegensatz zwischen den böhmischen und den mährischen Merikalen, der die Existenz der Partei bedroht. Seit der Schaffung der tschechoslowakischen Republik haben die mährischen Merikalen dank ihrer Zahl und der überlegenen politischen Leitung durch den Vater Schramel die Führung der gesamten Partei an sich gerissen. Darob herrscht schon lange Verstimmung im Kreise derer um Mshlvec und Mazanec, der Führer des böhmischen Flügels der Partei. Zwischen den beiden Richtungen bestehen auch sonst Unterschiede politischer und taktischer Natur. Die Mährer vertreten einen mehr konservativen Merikalismus, der sich auf die Bauern stützt, während die böhmischen Merikalen eine Spielart des christlichen Sozialismus bilden, der sich die Rettung des kleinen Mannes zur Aufgabe macht. In ein akutes Stadium tritt nun der Streit darüber, daß gegen das bisherige christlichsoziale Organ „Vech“ die Führung der Merikalen Partei in Prag ein Tagblatt gründe, „Lidove Listy“ genannt, dessen Chefredakteur Vater Števil sein wird. Unter solchen Umständen besteht wenig Hoffnung auf die baldige Beilegung des Streites. Die Schwächung der Merikalen Partei bedeutet naturgemäß auch eine Schwächung der Regierungskoalition.

Eine Antwort Spinas. Der Abgeordnete Professor Spina hat jüngst eine Parlamentsrede gehalten, die von den radikalen Deutschnationalen lebhaft widersprochen wurde und es regnete auf ihn Angriffe. Nun setzt sich Spina zur Wehr und schreibt in der „Bohemia“:

„Ich halte die Meinung jener Politiker, die ihre Hoffnung bloß auf den baldigen Zusammenbruch dieses Staates setzen, für falsch, weil große materielle und politische Interessen an dem Bestande dieses Staates bei den Großmächten vorhanden sind, die nun einmal noch eine geraume Zeit in Europa mächtig bleiben dürfen. Unsere häuerlichen Wähler, die sich wie ein Mann hinter unsere Politik stellen... müssen den Boden unter ihren Füßen, der heute den wertvollsten Teil unseres Nationalvermögens bedeutet, behaupten, sie müssen alle Schicksale des Heimatbodens mitmachen und erhalten uns unseren wichtigsten nationalen Besitz, unsere Sprachrechte. Und weil sie unentwurzelt im Heimatboden haften, so können sie wie alle Tatsachenmenschen auch nur eine Politik der Tatsachen machen. Ein Stand, der durch seine Wirtschaft genötigt ist, regt zu denken, muß den politischen Nationalismus und den Schlagwortradikalismus jenen überlassen, die nichts zu verlieren haben.“

Eine Anklage wegen unseres Flugblattes. Nach dem Kartputsch wurde, als die verlogene Hege der Deutschbürgerlichen gegen uns einsetzte, von unserer Parteiverwaltung das bekannte Flugblatt „Die deutschbürgerlichen Kriegshege auf der Anklagebank“ herausgegeben, das auch in mehreren unserer Parteiblätter abgedruckt wurde, ohne daß natürlich einer der Staatsanwälte etwas daran zu beanstanden gefunden hätte. Nun hat sich aber doch ein Staatsanwalt gefunden, — es ist der Staatsanwalt von Ronsperg, — der ein Verbrechen darin entdeckt hat und gegen den Genossen Josef Schriber in Ronsperg nach § 32 des St.-G. Anklage wegen Feindseligkeiten gegen Volksstände u. s. w. die Anklage erhoben hat. Es ist wohl außer Zweifel, daß der Ronsperger Staatsretter mit seiner Aktion kein Glück haben wird, aber das genügt wahrlich nicht, um ihn zur Vernunft zurückzubringen, vielmehr muß der Justizminister dem Uebertreter des Ronsper-

ger Staatsanwaltes den nötigen Dampf aufsetzen.

Die christlichen Deutschen oder die deutschen Christen hielten soeben in Mährisch-Schönberg ihren Reichsparteitag ab. Der Senator und Rektor der deutschen Universität in Prag, Maurer-Darling, brachte eine politische Entschliessung ein, die vom Kampf gegen den Nationalstaat, von grundsätzlicher Opposition, Kampf für die Minderheitsrechte, für die deutsche Einheitsfront und dgl. nur so überfließt. Es ist die invalide Gramophonplatte urzeitlichen Selbentums, welche da ihre Töne krostig hinunterstürzt, nur vom „Christlichen“ und „Sozialen“, wonach die Partei doch ihren Namen hat, hört man gar nichts. So scheint es auf den ersten Blick. Beim zweiten Lesen bleibt das Auge zweimal auf der Wendung „unter Wahrung der Parteigrundsätze“ haften. Ein paar unschuldige Worte, nicht wahr, und doch maskieren sie die neueste Taktik der schwarzen Brüder ganz vorzüglich. Die Merikalen haben immer eine gute Nase für die Richtung, aus welcher eben der Wind weht, jetzt bläht der Nationalismus allen bürokratischen Parteien die Segel, also werden die Merikalen auch national. Wie man sich in die Sorgen der Menschen einmischt, ist Lebenssache, das Wichtigste ist, drinnen zu sein. Im rechten Augenblick werfen die Ehrerklärer Heierfeld und Maurer-Darling schon Stierhelm und Bürenfell auf den Mist und stehen im vierhörigen Jesuitenhütchen da, dann kann sich der vom Pöbeln schon so oft betroffene Michel wieder einmal die Haare krausen. Heierfeld ist Herr Dr. Maurer-Darling nicht nur ein feiner Taktiker, sondern auch ein geschmackvoller Mann. Seine Selbstbiographie im Nachschlagebuch „Wer ist's“ gibt als Lieblingsbeschäftigung kurz an „Antisemitismus“. So haben wir uns einen Universitätsprofessor und Rektor immer vorgestellt! Er forscht nicht in den Sternen, sucht nicht in alten Pergamenten, grübelt nicht (Maurer ist Jurist) dem Rechtsproblem nach. Nein, er ist ein moderner Mensch wie Heierfeld, Szjenburg und Bronaw und schreibt mit geschwungenem Astriermesser „Gauts die Juden!“ Ob der Herr wohl fühlt, wie er den Stand schändet, dem Leinich, Kant und Hegel mit ehrenvolleren „Lieblingsbeschäftigungen“ angehört haben.

Die Pensions- und Steuerabzüge der Staatsbeamten. Wie die „Lidove Roviny“ melden, billigte der parlamentarische Ausschuss der Koalitionsparteien gestern den Ministerratsbeschluß, daß die Notauskuffen für die Staatsangestellten auch im Jahre 1922 in unverändertem Maße zur Auszahlung gelangen. Dagegen werden die Staatsangestellten und wahrscheinlich auch alle Mitglieder des Heeres verpflichtet sein, von ihrem Grundgehalt und der Hälfte der Aktivitätszulage acht Prozent dem Pensionsfonds abzugeben und 25 Prozent zur Einkommensteuer beizutragen. Die Lehrerpartei wurde nach längeren Verhandlungen anerkannt, es werden jedoch die Notauskuffen für die Lehrer in den Städten um einige Prozent und auf dem Lande um einige weitere Prozent herabgesetzt werden. Die Steuerpflicht der Staatsangestellten soll jedoch nicht am 1. Jänner, sondern einige Monate später in Kraft treten. — Zu dieser neuen Maßregel, die eine erhebliche Belastung der auch bisher noch lange nicht zureichend bezahlten Staatsbeamten bedeutet, wäre zu sagen, daß sie, wenn sie in Kraft tritt, sicherlich für die Demokratisierung und Souveränität der Verwaltung die schlechtesten Folgen haben wird. Es ist schon fest einem Beamten ohne Privatvermögen, der seine volle Arbeitskraft reichlich seinem Berufe zur Verfügung stellen will, nicht möglich, mit seinen Gehältern seine Familie auch nur halbwegs zu ernähren. Er kann sich nur erhalten, wenn er noch einen zweiten Beruf hat. In Zukunft wird der Beamtenberuf entweder ganz zum Nebenberuf herabsinken oder das Privileg für vermögende Leute werden, wenn er nicht gar nur als Weg zu anderen unläuterer Einkommensquellen schätzbar werden wird. Daß die Bevölkerung am schlechtesten fährt, wenn auf diese Weise der Beamtenstand verkommt, liegt auf der Hand. Hier Einsparnisse zu machen, heißt sicherlich am besten das Geld sparen. Wenn der Staat wirklich Ersparnisse machen will, so kann dies nur wirksam geschehen durch die Herabsetzung der Löhne des Militarismus.

Arbeiterbildung.

Zum Sturze einer Gesellschaftsordnung, auch der kapitalistischen, sind nicht besondere Kenntnisse notwendig. Eine Klasse, die unterdrückt ist, also das Proletariat, braucht nur einig sein im Willen der Niederbringung des Gegners, des Kapitalismus, und sie wird ihr Ziel erreichen. Eine andere Frage ist aber die des Aufbaues einer neuen Gesellschaftsform. Dazu gehört nicht nur das Wissen, sondern auch das Können. Das hat uns die Geschichte der russischen Sowjetrepublik gezeigt. Zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft muß das Proletariat, das die große Mehrheit der Bevölkerung in den industriellen Staaten bildet, die gesellschaftlichen Einrichtungen und Wissenschaften kennen. Im Mittelalter wurde von den Leibeigenen nur eines verlangt: die reiche Arbeitskraft. Im Erkenntnis, daß sie arbeiten, schuften müßten, um das Leben zu fristen, um Jehen und Arbeit zu leisten, war Wissen unnötig. Das hätte sie vielleicht gar auf den Gedanken bringen

... warum sie roboten mußten und das durfte ja nicht sein. Die Manufakturperiode, die Entstehung des Kapitalismus, stellte höhere Anforderungen: die Handhabung der, wenn auch noch primitiven Maschinen, in gewissem Grade das Kennen der Maschinen, ja das Zählen, um sie überhaupt bedienen zu können. Da hatten Kapitalismus und Staat ein Interesse daran, daß dies der Arbeiter könne. Dieser sollte also etwas lernen; deshalb in jener Zeit die Einführung der allgemeinen Volksschulpflicht!

Die Entwicklung des Kapitalismus, seine Entfaltung, tiefen eine Entwicklung der Volkshildung, von Staat und Bürgertum getragen, hervor. Sollte der Arbeiter und Angestellte Rechnungen schreiben, mußte er schreiben und rechnen können. Sollte er komplizierte Maschinen bedienen, mußte er mit deren Wesen und Mechanismus vertraut sein. Die Volksschule genügte dem entwickelten Kapitalismus bald nicht mehr: Bürgerschulen, ja sogar Mittel- und Hochschulen wurden dem Proletariat geöffnet. Damit aber der Lesen und Schreiben lernende Arbeiter diese schwarzen Künste nicht zu Halschem gebraucht, er nicht etwa freizeitsüchtige Dichter und Schriftsteller oder gar sozialistische Zeitungen und Broschüren lesen und dadurch für deren Ideen gewonnen werde, zensurierte sie der Staat, verbot deren Einfuhr aus dem Auslande, knebelte die Pressefreiheit. Und damit der einmal Lesende doch beschäftigt werde, erhielt er eben andere Zeitungen und Bücher, Merkmalen und nationalen Inhalts, patriotische Gedichte und Erzählungen, die das Vaterland, das Kaiserhaus feierte, Schulbücher, die mit all dem angefüllt waren. Das sollte des Proletariats Lektüre sein. Aber Merkmalen Erziehung, angeborene Untertänigkeit, jahrhundertalte Tradition nützten schließlich nichts: der Arbeiter spürte, daß es ihm schlecht gehe, daß er und seine Familie Hunger leiden, er entbehrte der Ruhe nach überlanger Arbeitszeit, kurz er fühlte, daß er ausgebeutet werde. Wie er in Verzweiflung und Unwissenheit, als er noch nicht einmal die Volksschule besuchte, in den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts, sein Elend den Maschinen zuschrieb, sich an den Wahrzeichen menschlichen Fortschrittes rächte, sie zertrümmerte, so ermahnte er mit der fortschreitenden gesellschaftlichen Entwicklung und seiner damit verbundenen Aufgeklärtheit, was der Grund seines Elends sei: die kapitalistische Gesellschaftsordnung, daß er, um seine Lage zu verbessern, diese beseitigen müsse, und daß mit ihm all seine Arbeitsbrüder das gleiche Ziel hätten. Er sah, daß große Fabriken leistungsfähiger waren, als kleine, daß er jenen gegenüber machtlos sei als diesen und damit erkannte er, daß die Organisation, die Vereinigung der Arbeitenden in größerem Maße als die Einzelperson kräftigen Widerstand dem Kapital leisten könne.

Das Leben hat sich stärker als alle bourgeois Volkerverdummungsabsichten erwiesen. Verhindern konnten diese Absichten und Versuche die naturnotwendige Entwicklung vom dumpf dahinlebenden Arbeitstier zum klaren bewußten Proletariat nicht, aber verlängern konnten sie sie. Frühzeitig haben deshalb schon unsere Vorkämpfer den Wert sozialistischer Bildungsarbeit erkannt (Wilhelm Liebknecht beispielsweise hat schon in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Berlin die erste Arbeiterbildungsschule gegründet und die Bildungsvereinigungen der Wiener Arbeitervereine bekannt.)

Staat und Bourgeoisie hatten mit fortschreitender Kapitalisierung ein Interesse an der mechanischen Ausbildung des Proletariats, aber auch daran, daß dieses die gewonnenen Kenntnisse nicht in ihnen schädlichem Sinne verwende. Diese Bestrebungen haben sich in der Gegenwart zu dem Ziele verdichtet, den Bildungseifer der Massen für ihre Zwecke zu beeinflussen. Unter dem Deckmantel der „Volkshildungsarbeit“ wird versucht, nationale Gedankengänge zu verbreiten. Eine offene Bildungsarbeit der bürgerlichen politischen Parteien würde keine Erfolge erzielen. Man wirft sich deshalb auf die Volkshildung, die Heimatsbildung. Die Handlanger des Kapitalismus, die Deutschnationalen und Christlichsozialen, sind sich der Bedeutung dessen klar bewußt, wenn sie für die deutsche Bildung werden und, „um den neuen deutschen Menschen, der aus unserer Jugend hervorgehen muß“, der dann für sie als braves Ausbeutungsobjekt in Betracht kommt. Ganz offen verfolgen diese Herrschaften ihre Ziele. Der Deutschnationale Prof. Dr. Emil Lehmann schreibt: „nachdem er die Notwendigkeit einer „Volksgemeinschaft“, in der tausende Arbeiterkinder unterernährt und krank leben, und ein anderer Teil der Volksgemeinschaft, die Bour-

geoffene Millionenverdienste aus diesem Elend zieht, dargelegt hat;

„Schon von der Schule her ist das Ziel die nationale Vereinhaltung. (Anm. d. B.) vorzubereiten und jede Klasse und Schülerklasse als ein einziges Teilchen der sich erneuernden, neu auszubauenden Volksgemeinschaft zu führen.“
Selbstverständlich muß verhetzt werden, daß das proletarische Kind und der Erwachsene nicht die Notwendigkeit einer Gemeinschaft mit seinen Klassengegnern einsieht und in dem Sinne erzogen wird, weshalb die

„geistige Nahrung auf den volkshildenden Wert hin angesehen und gemeingefährliche Dinge zurückdrängen oder auszuschalten.“
Solchen volkshildenden Wert haben die Courts-Mahlerschen Schandchriften, sonst würde natürlich das Organ der Partei des Herrn Lehmann, der Duzer „Tag“, einen Courts-Mahlerroman nicht abdrucken. Und gemeingefährlich für die bestehenden Klassen sind eben sozialistische Schriften!

Sand in Sand mit den Deutschnationalen gehen die Merkmalen. So verlangt der Herr Reichstagsabgeordnete. Univ. Prof. Dr. Georg Schreiber auf der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Frankfurt a. M. am 28. August 1921 in einer Besprechung des Volkshildungswesens

„daß man sich nicht auf Wissensstoffe beschränken dürfe. Die volkshildende Macht der Kirche müsse herangezogen werden... den sozialen Gerechtigkeitsbegriff zu schärfen... Daher müssen wir verlangen, daß die Volkshochschulreife auf bekennungsloser Grundlage erreicht werden und daß die Religion ein ordentliches Lehrgangsstadium werde.“
Hier ist das Wesen und Ziel der Volkshildungsarbeit dargelegt, von einem Nationalisten und von einem Merkmalen! Erziehung, schon von der Schule an, zum Menschen, von dem sorgsam das Gift des Sozialismus ferngehalten und die Volksgemeinschaft mit unfernen Lieblich und Mühsig und der Gerechtigkeitsfian durch den Religionsunterricht („Du sollst nicht begehren Deines Nächsten Gut“) gepflegt wird.

So wie die Bürgerlichen auf dem Gebiete des Volkshildungswesens versuchen, dieses durch ihre Tätigkeit zu versuchen, ist der Staat bemüht, getreu seiner Rolle als nationaler, kapitalistischer Staat durch Bildungseinrichtungen die Bevölkerung zu beeinflussen. Die gewichtigsten Bestrebungen der Tschechoslowakei hinsichtlich der Gemeindebüchereien werden durch Gesetzesbestimmungen beeinträchtigt:

„... Schandchriften, die beabsichtigterweise ganze Stände oder Schichten der Bevölkerung herabzuziehen, sowie auch Schriften, die gegen den Bestand und die Unversehrtheit des tschechoslowakischen Staates abzielen, dürfen in die öffentlichen Bibliotheken nicht aufgenommen werden.“

Die erste Bestimmung ist sehr dehnbar und gegen die Interessen der Arbeiter auslegbar. Sicherlich werden Kampfschriften gegen die Kapitalisten und Feudalen als „Schandschriften“ geführt werden. Gegen die „Unversehrtheit“ des tschechoslowakischen Staates gerichtete Schriften dürfen selbstverständlich nicht eingestellt werden; es könnte ja in den Millionen Nichttschechen das Verlangen nach Befreiung wachgerufen werden.

Wir haben gegenüber allen diesen Versuchen, das Volkshildungswesen und die öffentlichen Bildungseinrichtungen im Interesse unserer Klassengegner gegen Arbeiterklasse und zu volkerverdummenden Zwecken zu benützen, die einfache Pflicht: Stärkung des Arbeiterbildungswesens. Neben der Ausgabe, zu achten, daß in den Gemeindebüchereien nur neutrale Bücher stehen, daß an den Volkshochschulen nur über neutrale Gebiete vortragen wird, daß die staatlichen Bildungsausschüsse nur neutrale Bildungsarbeit leisten, müssen wir soziale Bildungswesen durch unsere Institutionen pflegen. Unsere Organisations-, Agitations- und Bildungsarbeit kann nicht von denselben Körperlichkeiten oder Parteigenossen geleistet werden. Wir brauchen zur Erledigung dieser Spezialgebiete verschiedene Einrichtungen. Den Bildungsausschüssen und der Zentralstelle für das Bildungswesen der Partei obliegt die Pflicht intensiver Bildungsarbeit. In verschiedenen Gruppen eines systematischen Arbeiterbildungswesens (Vortragswesen, Bibliothekwesen, Festkultur) müssen wir unserer Aufgabe gerecht werden. Nur dann, in ununterbrochener, jäher Arbeit, wird die geistige Befreiung des Proletariats, eine Vorbedingung des Aufbaues der sozialistischen Gesellschaftsordnung gelingen. R. P.

Vertretenes Leben.

Ein ostelbisches Kulturbild.
Mitgeteilt von Gustav Schröder-Elbing.
Was ich in den nachfolgenden Zeilen berichten, ist nichts zusammenfabuliertes, sondern grauenhafte Tatsache. Ich könnte den Ort und die Namen sämtlicher Beteiligten nennen. Da ist ein deutsches Bauerndorf in einer Nie-

derung des Regierungsbezirkes Marienwerder. Neben Mittel- und Kleinbauern auch einige Gutsbesitzer. Der, von dem ich spreche, besitzt zwar kein übermäßig großes Gut. Doch ist der Boden ertragsfähig und die Lage seines Eigentums glänzend. Dieser Gutsbesitzer hat ein Dienstmädchen, so Ende der Dreißig herum. Das Mädchen hatte — diese Begebenheit spielt im Jahre des Heils 1921 — bis dahin zehn Kinder geboren. Hatte sie alle zehn unehelich geboren. Und hatte auch alle zehn begraben. Nicht eins war groß geworden. Man muß schon sehr naiv sein, will man hierin „den Finger Gottes“ erblicken und nicht von Engeln reden.

Auf dem Gut, wo das Mädchen 1921 diente, war ein Hofverwalter. Verheiratet. Vater mehrerer Kinder und sehr verliebt. Soll ich noch Worte machen? Zum ersten Male gab eine Schwangerschaft. Zum ersten Male sah ein bedauerndwertes Geschöpf seiner Niederkunft entgegen.

Der Tag kam und der Gutsbesitzer behielt das Mädchen nicht im Hause. Er ordnete an, daß es zu einem bestimmten Justmann zu gehen und dort die Entbindung vorzunehmen habe. Der Mann konnte sich nicht weigern, obwohl er allen Grund gehabt hätte, das Verlangen seines Herrn abzulehnen. Die Wohnung bestand nur aus einem einzigen Raum. Hier schlief der Ehemann mit seiner Frau, hier schlief eine erwachsene Tochter, hier schliefen zwei schulpflichtige Kinder. Und hier gehar auf einer Strohschütte am Fußboden die Magd ihr erstes Kind.

Das Kind war gesund und nach Aussage meiner Gewährsmänner lebensfähig. Doch wohin mit ihm? Die Mutter ging auf ihre alte Stelle zurück. Und sie hatte Glück. Die Frau des Hofverwalters, der des Kindes Vater war, erbot sich freiwillig, das Kind in Pflege zu nehmen. Einige Tage später war es tot. Wieder hat niemand den Tod zu bemängeln gehabt. Warum sollte das Kind nicht sterben? Es gibt so vieles, woran kleine Kinder sterben. Und daß der Vater die Sorge wegen der Mimente los ist, ist eben auch Glück. Möglich, daß im nächsten Jahr ein neues Kindergrab geschaukelt wird.

In einer Versammlung von Landarbeitern war es, wo einer der Heloten aufstand und seine Erbitterung über diese Zustände herauswarf. Ein paar Duzend andere bestätigten seine Darstellung. An der Wahrheit ist also nicht zu zweifeln.

Das ist Ostelbien. Der Fall mag besonders traurig sein. Doch weiß ich von einem ganz ähnlichen, wo die Mutter im achten unehelichen Wochenbett starb. Zählt die auf ostelbischen Gütern geborenen und verstorbenen Säuglinge zusammen und ihr kommt jährlich zu Zehntausenden. Zertretene Menschenwürde, zertretene Menschenleben. Ein Lichtblick in dem Grauenhaften dieser Dorfstragödie war, daß die Landarbeiter in der Versammlung, wo sie besprochen wurde, die schleunige, entschädigungslose Enteignung der Grundbesitzer zugunsten der Gemeinden forderten...

Tages-Neuigkeiten.

Jagow vorm Reichsgericht.

Von Theobald Tieger.
Wer hier in Deutschland etwas Protektion hat, dem wird kein Strahlingsstrahlkopf je rasiert. Paß auf: man läßt ihm einundzwanzig Monat, damit er den Justizhahn gut probiert.
Der Kommunisten Posten, Waffenträger sperret man am liebsten vorm Desike ein; die Voller-Teute leben wie die Reger...
Ich bin ein Preuße, will ein Preuße sein!

Das köhnt vom Volkshewismus, der nicht da war, das hat auf Ebert den Patrijierzorn; wenn da nur Drahtverhau und viel Gurra war:

in Büros — und die Soldaten vorn.
Auch Ludendorff — bei welchem Reinsfall darf der fehlen! — ergänzt den Männerbund der stummen Seelen; und heute kannst du im Berichte lesen: Die Laufjungen — Keiner ist's gewesen. Nicht mal zum Lügen hat das viel Talent! Und so was war Regierungspräsident!

Was da verhandelt wird, ist ganz belanglos. Sie hatten sonder Zeit — die armen Drei! Sie konnten eindireiviertel Jahre zwanglos vertuschen — denn sie waren frei.

Wenn von der kleinen Rutte sie was munteln, dann sperret man Rutte, Louis und Rundschaft ein: es könnte sonst den Tatbestand verdunkeln — das muß beim Rapp-Putsch wohl nicht nötig sein.

Und keiner traut sich, Ludendorff zu fassen, und Lüttwig nicht und Rapp und Traub — die Massen,

Sie bleiben frei. — — Nachtwächterstaat — ?
Du säest dir eine schwarz-weiß-rote Saat!
Und die geht auf!

Sie höhnen dich mit Recht.
Du bist durchaus von zwitterigem Geschlecht!
Der Levine ist tot. Und Jagow medert.
Du hast dich stets nur links mit Blut bedie —
die wirklichen Verbrecher henkst du nicht...
Was Leipzig! Kinderpiel und Reichsgericht!
Wir haben feste Monarchistenreihn —
und dann im Reichstag den Gefangenenverein.
Und soviel kluge Männer in der Politik.
Zufällig keinen Reg.

Und keine Republik.
(„Weltbühne“.)

Max Brod und Person-Abfähe. Die beiden berühmten „B“ sind bisher noch nicht vereint erschienen, aber sie gehören eng zueinander. So empfehlen wir denn der Firma Person als nächsten Blatattwurf: „Max Brod ist klug und sparsam, weil er Personabfähe trägt.“ Der Dichter wird mit diesem Blatattwurf ganz bestimmt einverstanden sein, können wir der Firma versichern, denn die Freitagnummer des „Prager Tagblattes“ erweist ihn als einen Kellamehden von unübertriefflichem Rang. Steht da als erste Notiz der Tagesneuigkeiten eine kurze Plauderei darüber, was Masaryk und Gajinisch mit einander besprochen haben und sie klingen in die Zeilen aus: „Sie sprachen über Bücher. Und sie machten einander auf dies und jenes aufmerksam, das sie gelesen hatten und das ihnen gefallen hatte. Belletristik war es nicht. Das Kaliber war schwerer. Max Brods „Heidentum, Judentum, Christentum“ war eines der besprochenen Bücher. Masaryk griff danach und blätterte darin und sagte: „Das müssen Sie lesen!“ — Fertig! Wegen dieses Kellame-Analysens werden die beiden Staatsmänner, die doch noch Wichtigeres zu tun haben, bemüht und gar noch im Wilde vorgeführt. Selbst wenn die Geschichte so wahr wäre, wie sie sich Herr Brod oder einer aus seiner Clique aus dem Finger gezogen hat, wäre die Aufmachung samt der schreienden Ueberschrift „Ein Imperativ Masaryks“ einfach widerlich. Aber Brod weiß, was er tut. Ohne Zeitungsinsertate müßte die Welt auch von Jacherlin, Odol und Erdalkschwische nichts und der Ruhm ist doch ein so süßes Ding!

Eine Räuberbande in Mitteldeutschland. Die Ermittlungen der Berliner Kriminalpolizei haben ergeben, daß die in der letzten Zeit namentlich in Mitteldeutschland ausgeführten Raubüberfälle auf Wohnhäuser, Postämter und Bauerngehöfte, fast ausnahmslos auf das Konto einer Bande kommen, die jetzt zum größten Teile unschädlich gemacht werden konnte. Schon 30 Mitglieder sigen hinter Schloß und Riegel. Die ganze Bande stand unter der geistigen und persönlichen Leitung eines angeblich kommunistischen Wanderredners Karl Robert Plettner, der trotz eifrigster Nachforschungen bisher nicht ergriffen werden konnte. Plettner bezeichnet sich als Nachfolger Hölzls und ist auch der Verfasser einer Broschüre „Der organisierte rote Schrecken.“

Genosse Karl Schowaneck gestorben. In der Blüte seiner Jahre ist in Bodenbach Genosse Karl Schowaneck, Sekretär des Zentralverbandes der Angestellten, einem tüchtigen Leiden erlegen. Genosse Schowaneck war ursprünglich in Saaz in Privatstellung und betätigte sich dort eifrig in der gewerkschaftlichen Bewegung. Deswegen gemahregelt, wurde er Sekretär des Zentralverbandes in Saaz, wo er eine Ortsgruppe gründete und insbesondere die Industrieangestellten organisierte. Später wurde er Sekretär des Verbandes in Teplitz und zuletzt in Bodenbach, wo er bis zu seinem Ableben gewirkt hat. Genosse Schowaneck war ein fleißiger Mensch und wuermäßig in der Agitation, weshalb ihm die organisierten Angestellten ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Große Unterschleife bei der Südbahn. Aus Wien wird gemeldet: In der letzten Zeit wurden bei der Südbahn Unterschleife aufgedeckt, die nach den bisherigen Erfahrungen auf lange Zeit zurückreichen. Die Schadenssumme dürfte sich auf etwa 20 Millionen K belaufen. In dieser Angelegenheit wurden vier Personen verhaftet. Die Untersuchung wird vom Landesgericht Wien geführt. Die Unterschleife wurde durch Fälschung von Rechnungen von den mit der Aufstellung und Ueberprüfung von Rechnungen betrauten Organen ermöglicht.

Druckfehlerberichtigung. Das Schlusswort des Gedichtes in der gestrigen Nummer unseres Blattes weist einen sinnwidrigen Fehler auf. In der dritten Stanze der fünften Seite muß es in dem Satze: „Und so können wir mit Stolz ausführen...“ anstatt „für die Sache des Sozialismus“ selbstverständlich „für die Sache des Sozialismus“ heißen.

*) „Heimatsbildung“ Nr. 1, Jahrgang 1921.

In Rostock am Betonkühnen in der Speldekammer. Weil ihm das Wasser beim Begleichen des Fußbodens eintrug, schloß er Tür und Fensterläden und heizte den Raum mit Holzstößen aus. Er wurde jedoch von den rauchenden Kohlengasen betäubt und verlor das Bewußtsein. In diesem Zustande fand ihn der Wächter am Neubau Franz Dornau, der sofort den städtischen Arzt herbeirief. Aber alle Wiederbelebungversuche blieben erfolglos. Die Leiche wurde nach polizeilichem Untersuchung in das gerichtsarztliche Institut überführt.

Wieder ein diebstahliger Postbeamter aus dem Majorsklub. In der letzten Zeit entstand der Verdacht, daß der Postangestellte Karl Kovv auf dem Majorsklub Briefe unterschlägt. Er wurde deshalb am 18. Dezember, als er aus dem Dienste ging, einer Untersuchung unterzogen, und es wurden bei ihm 48 Briefe aus Amerika gefunden, welche er in der Postabteilung der Hauptpost Treiberei-Amerika gestohlen hatte. Er wurde dem Strafgericht eingeliefert.

Zwischen zwei Elektrische gekommen. In der Dierkestraße in Döllersheim geriet gestern vormittag der Arbeiter Alois Jaretsch aus Bítov mit einem zweirädrigen Karren zwischen zwei Wagen der Straßenbahn. Der Karren wurde zertrümmert und Jaretsch brach eine Rippe.

Unfälle infolge von Glattfeld. Auf dem glatten Gehsteig in der Karlsstraße in Eulichow fiel gestern morgens der Oberbaukommissar des Ministeriums für öffentliche Arbeiten Ing. Otto Farwondratschek zu Boden und blieb bewußtlos liegen. — Am Nachmittag rutschte die 67jährige Wäberin Marie Klein aus Smichow am Auegraben aus und brach das rechte Bein.

Beraubte Leiche. Unbekannte Täter gruben die Leiche des vor kurzem verstorbenen Großindustriellen Redlich in Götting aus und beraubten sie des Gewandes, mit dem sie bekleidet war.

Die Einheitsfront zwischen Deutschen und tschechischen Textilarbeitern hergestellt.

Während die Führer der Kommunisten unter der scheinheiligen Phrase „Vertretung der Einheitsfront“ die Gewerkschaft der Textilarbeiter im Reichenberger Bezirk zerstückeln und spalten, haben die beiden größten Textilarbeiterverbände der Republik die Einheitsfront hergestellt. Wiederholt haben seit Monaten Verhandlungen zwischen beiden Textilarbeiterverbänden stattgefunden. Ueber die grundlegenden Fragen des gemeinsamen Vorgehens der Lebens- und Klasseninteressen der Textilarbeiter waren sich beide Verbände schon seit langer Zeit einig und nur die letzte große Lohnbewegung des Brünnner Textilarbeiterverbandes hat den Abschluß der Vereinbarung zwischen beiden Verbänden verzögert. Da die große Lohnbewegung des Brünnner Verbandes der Textilarbeiter nun mit Erfolg abgeschlossen wurde, fand am 13. Dezember l. J. in Prag eine neuerliche Beratung der Vertreter beider Verbände statt, um die Vereinbarung für die Mitgliedschaften beider Verbände endgültig abzuschließen.

An der Spitze der Vereinbarung wird beiden Verbänden das Recht der Selbstverwaltung innerhalb des Verbandes gewahrt. Beide Verbände verpflichten sich, dahin zu wirken, daß überall zwischen ihren Mitgliedschaften ein freundschaftliches und kollegiales Verhältnis, aufgebaut auf die gegenseitige Hilfsbereitschaft und Unterstützung geschaffen wird. Wo immer es das gemeinsame Klassen- und Lebensinteresse der beiden Mitgliedschaften erfordert, sind beide Verbände zu gemeinsamem Vorgehen verpflichtet. Insbesondere hat die gegenseitige Unterstützung und Hilfeleistung bei allen Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen einzutreten und sollen die Lohn- und Arbeitsverträge auf einheitlicher Grundlage geschaffen werden. Ueber die Frage der Betriebsräte und deren Schulung sagt die Vereinbarung, daß sich beide Verbände in wirksamer Weise gegenseitig zu unterstützen haben. In allen sozialpolitischen Fragen, sowie in allen jenen Fällen, wo es sich um die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeit und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit handelt, wird das Zusammenwirken beider Verbände zur Pflicht gemacht. Eine Bestimmung der Vereinbarung besagt, daß das Vertrags- und Unterstützungsverwehen auf einheitlicher Grundlage aufzubauen ist und daß beide Verbände gleichlautende Statuten und Geschäftsordnungen zu schaffen haben. Die Vereinbarung enthält auch die Uebertrittsbedingungen der Mitglieder von einem Verband zum andern unter Einrechnung der zurückgelegten Karenzzeit bei Gewährung von Unterstützungen. Beide Verbände verpflichten sich, daß ihnen der gegenwärtige Mitgliederstand gesichert bleibt und daß jede Werbung von Mitgliedern zum Uebertritt von einem Verband zum andern zu unterbleiben hat. Die Union der Textilarbeiter in Reichenberg wird die Textilarbeiter deutscher Nationalität, der Verband der Textilarbeiter in Brünn die Textilarbeiter tschechischer Nationalität ihrer Organisation zuführen. In jenen Betrieben und Lohnvertragsgebieten, wo dem einen Verband mehr als 80 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder angehören, schließt dieser Verband die Verträge auch für die Minorität des anderen Verbandes am Einvernehmen mit diesen Mitgliedern ab.

Beide Verbände haben durch diese Verein-

barung für 150.000 organisierte Textilarbeiter die Einheitsfront geschaffen und wir freuen uns des Erfolges, daß die Textilarbeiter beider Verbände durch diese Vereinbarung den Kampf um ihre Menschenrechte auf sichere Grundlage gestellt haben. Dieses Werk, das beide Verbände hier geschaffen haben, ist Gewerkschaftsarbeit im besten Sinne des Wortes zum Wohle der Textilarbeiter dieses Staates. Während auf der einen Seite die Verbände der Textilarbeiter ihre große Aufgabe durch Schaffung der Einheitsfront erfüllen, und bestrebt sind, nur den Interessen der Textilarbeiter zu dienen, gehen die Führer der Kommunisten im Reichenberger Bezirk daran, die Einheitsfront der Textilarbeiter und deren geschlossene Organisation zu zerlegen. Den kommunistischen Führern dient die Frage der Einheitsfront, die sie den Arbeitern predigen, nur als Deckmantel, um die Arbeiterklasse irre zu führen, damit sie umso leichter die geschlossene Gewerkschaft der Textilarbeiter zerlegen können. Der Ruf nach der Einheitsfront von Seite der Kommunisten war sonst nichts als ein plumper Schwindel und eine Heuchelei. Die Union der Textilarbeiter hat aus der Union der Textilarbeiter freiwillig ausgetretenen Mitglieder die Hand gereicht und sie aufgefordert, wieder in die Union einzutreten und ihnen für die Aufrechterhaltung der alten erworbenen Rechte garantiert. Durch die Führer der Kommunisten werden die Arbeiter irre geführt und daran gehindert, in die Einheitsfront der Textilarbeiter einzutreten.

Die Union der Textilarbeiter in Reichenberg und der Verband der Textilarbeiter in Brünn haben im ehrlichen Willen den Beweis erbracht, die Einheitsfront der Textilarbeiter in der Republik herzustellen. Die Führer der Kommunisten verhindern die Herstellung der Einheitsfront der Textilarbeiter und sie zerlegen deren geschlossene Organisation. Durch die gewerkschaftliche Fortschrittsarbeit der Kommunisten werden die Textilarbeiter geschwächt und der geschlossenen Unternehmerorganisation widerstandslos ausgeliefert.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die sächsische Industrie vor dem Erliegen?

(Folgen des tschechisch-deutschen Kohlenabkommens.)

Unser sächsischer Mitarbeiter schreibt uns: An der Dienstagssitzung des Sächsischen Landtages fragte der Abgeordnete Dr. Niehammer (D. V. P.) wegen der Verteuerung der böhmischen Kohlen durch die Entwertung der Mark an. Der sozialistische Wirtschaftsminister Fellisch betonte, daß der plötzliche Aufschwung und der Umstand, daß die tschechischen Kohlengruben eine Umstellung des Marktwertes in Kronenwährung verlangten, hätten die sächsische Industrie unangenehm betroffen. Er glaube, daß das Preisniveau der Tschechoslowakei nicht von Dauer sein werde. Als Käufer der Kohlen wird und die Tschechoslowakei notwendiger brauchen als wir sie. Dabel schiene es, als ob nicht der tschechoslowakische Staat die Preise in die Höhe triebe, sondern viel mehr die tschechischen Kohlengruben selbst. Diese Maßnahme in Verbindung mit dem jetzt herrschenden Mangel an rostem Eisenbahnmateriale sei aber für die sächsische Industrie von einschneidender Bedeutung. Beim Eintritt der Preissteigerung hatten wir in Sachsen große Kohlenvorräte, die aber durch das Fehlen von Eisenbahnwaggons gegenwärtig total zusammengeschmolzen sind. Wenn dieser Zustand noch einige Tage andauert, dann sei mit der Stilllegung eines großen Teiles der Industrie zu rechnen. Es stehe heute zweifellos fest, daß wir vor einer Art Eisenbahnkatastrophe stehen. Ohne an Dezentralisation zu denken, müßten die Regierungen der Bundesstaaten bei Wiederholungsfällen ganz nachdrücklich die Frage prüfen, ob sie sich auf den Wirtschaftsbetrieb nicht einen größeren Einfluß sichern müßten als bisher. Wie weit die Katastrophe bereits vorgeschritten sei, geht daraus hervor, daß in Neulitz die Kohlen der großen Grube Rhönitz nicht abgefahren werden können, weil der Bahnhof mit beladenen Wagen verstopft ist. Ebenso lagere auf sächsischen Gruben eine Menge Kohlen, die wegen der Krise im Eisenbahnbau nicht abgefahren werden können. Dem Elektrizitätswerk Glauchau, im Buchdruck- und Zeitungsgewerbe, einer großen Papierfabrik in Niederschöna drohte wegen Kohlenmangels Stilllegung der Betriebe. In Neu-Telza stehen sämtliche Anschlussgleise voll Wagen, in Verdau und Prosdau stehen die Bahnhöfe voll beladener Lokomotiven, die nicht abgefahren werden können. Seitens der Redner sächsischer bürgerlicher Fraktionen werde die Schuld an der Krise auf die geringe Produktivität der Arbeiter und auf den bestehenden Achtstundentag geschoben. Die Herren erhielten seitens der Redner der Linken und insbesondere vonseiten des unabhängigen Redners Abg. Sachs die gebührende Antwort. Er betonte, daß die herrschende Kohlenkrise vor allem ihren Grund in dem Maschinenmangel und in der großen Reparaturbedürftigkeit des Eisenbahnmateriale habe, mit dem während der

Krieges Raubbau im wahren Sinne des Wortes getrieben worden ist. Es gelte dabei nicht der Einwand, daß in den Reparaturwerkstätten weniger geleistet würde als früher und daß der Achtstundentag schädigend wirke. Treffend legte er dem ehemaligen demokratischen Finanzminister Dr. Reinhold nahe, seinen Posten als Zeitungverleger und Abgeordneter einmal fünf Jahre lang mit dem Lohne eines Bergarbeiters zu vertauschen. Dann würde er sicherlich nicht mehr dauernd die Ueberschichten fordern. Bei den verstopften Bahnhöfen bestehe überdies noch die Gefahr, daß auf den Bergwerken Fehlerschichten eingelegt werden müssen.

In seinem Schlussworte betonte Wirtschaftsminister Fellisch, daß die Vorwürfe der Sabotage der Arbeitsleistungen in den Werkstätten nicht begründet seien und dafür bisher keinerlei Beweis erbracht worden sei. Fest stehe aber, daß die Reichsregierung zu wenig Reparaturwerkstätten besitze. Vonseiten der sächsischen Regierung werde alles getan, um der drohenden Katastrophe entgegenzuwirken und die Reichsregierung entsprechend zu beeinflussen.

Die tschechische Gewerkschaftskommission gegen den neuen Zolltarif. Die tschechische Gewerkschaftskommission hielt am 7. d. M. eine Beratung über den geplanten provisorischen Zolltarif ab. Es wurde beschlossen, der Regierung einen Protest gegen die Verwirklichung des Tarifs auf dem Verhandlungswege vorzulegen und die parlamentarische Behandlung dieser dringlichen Angelegenheit zu verlangen. Die Gewerkschaftskommission steht auf dem Standpunkt des Prinzips der offenen Grenzen, besonders, was die Einfuhr von Getreide, Mehl und überhaupt von Lebensmitteln betrifft, an denen wir Mangel leiden. Wenn schon Zölle erhoben werden sollen, so sollen dies Zölle auf Luxuswaren und nicht Zölle auf notwendige Lebensmittel und Gebrauchsartikel sein. Es ist beispielsweise eine Ungerechtigkeit, wenn die verschiedenen Kaffeeforten mit demselben Zoll belegt werden. Ferner kann sich die Kommission nicht einverstanden erklären mit den Zöllen auf Fleisch und Fett. Im Zolltarif kommt das Streben der Produzenten zum Ausdruck, große Gewinne zu erzielen und die gesunde ausländische Konkurrenz auszuschalten. Die Gewerkschaftskommission schlägt daher vor, daß sie zur parlamentarischen Verhandlung des neuen Zolltarifs die Zollfrage so bleiben, wie sie bisher waren.

Welter Kongreß der Luxemburgischen Gewerkschaften. In dem kleinen Industrieort Esch-Alz fand am 29. und 30. Oktober der vierte Jahreskongreß der freien Gewerkschaften Luxemburgs statt. Im Reichswirtschaftsbericht für das abgelaufene Jahr, wurde auf die Gründung verschiedener Industrieverbände hingewiesen. So schlossen sich u. a. die im Metallarbeiterverband organisierten Werkstättenarbeiter mit dem Verband der luxemburgischen Eisenbahner und der Metallarbeiterverband mit dem Berg- und Dütenarbeiterverband, der sämtliche Kopf- und Handarbeiter der beiden Industrien umfaßt, zu einem Industrieverband zusammen. Die gegen die beabsichtigten Lohnherabsetzungen und Massenentlassungen gerichtete große Bewegung vom 1. März wurde durch französische Soldaten gewaltfam unterdrückt. Andererseits beeinflussten die diplomatischen Vertreter Frankreichs und Belgiens in einem Maße die innere Politik Luxemburgs, daß sich die Regierung genötigt sah, das 1920 beschlossene Gesetz über die Arbeiterausschüsse außer Kraft zu setzen. Der Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund wurde einstimmig gebilligt. Ferner wurde noch eine Resolution gegen den Militarismus angenommen.

Die deutsche Schlichtungsordnung. Der Reichswirtschaftsrat hat den von der Regierung eingebrachten Entwurf einer Schlichtungsordnung angenommen. Die Vertreter der freien Gewerkschaften haben dagegen gestimmt, weil die Pflicht, mit der Anwendung der gewerkschaftlichen Kampfsmittel bis zur Fällung eines Schiedsspruches zu warten, die im Entwurf vorgesehen ist, eine unerträgliche Einschränkung der Realisationsfreiheit bedeutet.

Kartellkontrolle in Deutschland. Der deutsche Reichsrat hat vor einigen Monaten an die Regierung das Ersuchen gestellt, Vorschläge zu machen, in welcher Weise das Kartellwesen einer fortlaufenden Beobachtung zu unterziehen wäre und der Mißbrauch von Monopolen abgewendet werden könnte. Die Regierung beabsichtigt nun, einen aus Mitgliedern des Reichstages, des Reichsrates und des Reichswirtschaftsrates bestehenden Kartellrat beim Reichswirtschaftsministerium zu bilden.

Getreide als Pelzmaterial in den Vereinigten Staaten. Spanien hatte in Genf erklärt, daß in Argentinien Getreide in den Lokomotiven verfeuert würde. Auch in den Vereinigten

Staaten wird in diesem Winter Korn verbeizt werden. Der Sekretär für Landwirtschaft, Wallace, veröffentlicht nach vorausgegangener Untersuchung am 6. November eine Erklärung, daß im kommenden Winter in einigen Landhausgebieten große Mengen Korn auf den Farmen und in den kleinen Städten verbeizt werden sollen. Er berechnet, daß der Heizwert einer Menge Korn zum Preis von 10 Cent dem Heizwert einer Kohlenmenge von fünf Dollar gleichkommt. In Distrikten, wo Getreide sehr billig ist, ist die Kohle gewöhnlich minderwertig und teuer. Unter solchen Verhältnissen wird es sich sowohl für Farmer wie auch für die Bevölkerung in den Landstädten lohnen, Getreide statt Kohle zu verwenden. Wenn nicht die Kohle erheblich im Preise fallen, das Getreide im Preise steigen sollte. Die teuren Kohlenpreise in den Vereinigten Staaten sind keine wirtschaftliche Notwendigkeit. Die amerikanischen Eisenbahner und Bergarbeiter sehen in ihr nur eine Folgeerscheinung des privaten Betriebes der Bergwerke und Eisenbahnen, der Förderung und Frachten verteuert. Angesichts der russischen Hungersnot, von der täglich grauenerregende Berichte eintreffen, ist diese Vergeudung von Nährwerten als Heizmaterial ein trauriges Zeichen für die Unfähigkeit der kapitalistischen Staaten, die Verteilung der Kohlen- und Getreidevorräte international zu regeln.

Weihnachtsaushilfe der Metallarbeiter. Aus Madno wird uns geschrieben: In einer am 4. d. M. im Delnisch dum (Arbeiterheim) abgehaltenen Versammlung berichtete der Vorsitzende des Arbeiter-Fabrikatschusses des Eisenwerkes Madno der Prager Eisen-Ind.-Ges., daß die Direktion die Auszahlung der heurigen Weihnachtsaushilfe in der Höhe eines 30 Stunden betragenden Arbeitsverdienstes vornehmen wird, ohne Rücksicht auf den im Juni l. J. abgeschlossenen Kollektivvertrag, wonach ein jeder Arbeiter Anspruch auf einen ganzen Wochenverdienst (das sind 48 Stunden) hat. — Tatsächlich wurde bei der am 15. d. M. stattgefundenen Lohnung nur ein 30 Stundenverdienst als Remuneration ausbezahlt, ein neuerlicher Vertragsbruch und deutlicher Beweis, wie gewissenhaft die Herren Unternehmer die Verträge einhalten, indem sie ungeachtet dessen den Arbeitern einfach soviel geben, wie es ihnen beliebt und angemessen erscheint.

Die Vorstandswahl des tschechischen Zentralverbandes der Handels- und Industrieangestellten vom 11. Dezember 1921. Anwesend waren die Vertreter der Slowakei, Brünn, Mährisch-Strau, Prag, Verbandsleitung Madno, Nordböhmen und Böhmen. Der Bericht des Generalsekretariates für die verlossene Zeit wurde einstimmig angenommen. Genosse Abg. Klein referierte über die sozialpolitischen Forderungen der Privatangestellten und über die Einheitsorganisation. Ueber den Gewerkschaftskongreß referierte Genosse Baco v. S. Den Referaten folgte eine überaus sachliche Debatte, in welcher der einschlossene Wille für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zum Ausdruck kam. In einer Zeit, wo die Gewerkschaftsorganisationen die schwersten Krisen durchmachen, haben die Privatangestellten den Mut, den Gedanten der Einheitsorganisation zu verstehen, zu welcher schon die gemeinsame Tagung mit den Reichenberger Verbänden, welche am 26. November abgehalten wurde und die Errichtung einer ganztschleichen Exekutive beschloß, die Grundlage legte. Die Resolution zum Gewerkschaftskongreß, welche im Sinne der Tagung der ordentlichen Vorstandswahl verfaßt wurde und in welcher das selbstverständliche Bestehen noch der Vereinigung und Einheit erklärt wurde, ist einstimmig angenommen worden. Die Delegation zum Gewerkschaftskongreß wurde ebenfalls einstimmig bestätigt.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Solide Optik. Ausführung ärztl. Rezepte.
M. DEUTSCH 280
Optiker u. Mechaniker, Prag I., Graben 25.
(Kleiner Bazar.)

Der unverwüßliche

407 Kautschuk Schuhabsatz!

Bücher von bleibendem Wert und edler Ausstattung sind immer noch die billigsten und schönsten 429
Weihnachts-Geschenke Wir bitten rechtzeitig bei uns zu wählen
ANDRÉ^{SCHE} Buchhandlung,
Prag-I., Pulverturm Nr. 969.
Täglich bis 7 Uhr geöffnet.

Literatur.

Allgemeine Gewerbehygiene für Arbeiter von Dr. Jenny Adler-Dezmar (4 K. 1921, Zentralgewerkschafts-Kommission in Reichenberg). Das Büchlein ist ein unentbehrlicher Behelf für jeden Arzt, der in die Lage kommt, Laien Unterricht in der Gewerbehygiene zu erteilen, d. h. in der Lehre von den Gewerbetraffenheiten und ihrer Verhütung. Es erspart ihm die ungeheure Arbeit, aus der Fachliteratur das Wissenwerteste auszuwählen und in eine gemeinverständliche Form zu bringen. Zum Selbstunterricht eignet es sich nur für den, der sich bereits die wichtigsten Kenntnisse über den Bau des Körpers und seiner Gewebe sowie die Vorgänge in ihnen angeeignet hat. Die Ausdrucksweise ist — dem Zwecke des Büchleins entsprechend — knapp, aber nicht auf, Kosten der Verständlichkeit; alles ist klar und bestimmt ausgebrückt und bereits in eine für vollständige Vorträge geeignete Form gebracht. Jede des Lehrers ist es dann, die Fachausdrücke aus der Lehre vom Körperbau, dem Gewebbau und den Vorgängen im Körper zu erklären. So werden der Reihe nach die wichtigsten Gefahrenquellen der Fabrikarbeit (Staub, Gifte, Unfälle, Feuchtigkeit und Trockenheit der Luft, Kinderarbeit, Nachtarbeit usw.) besprochen und die Mittel angegeben, wie man Schädigungen durch sie vermeiden kann. Abschnitte über die Fachliteratur und die Berufsberatung bilden den Schluss des ersten Teiles. Daß nach dem dritten Abschnitte die Nummern der Abschnitte auführen und vom fünften Abschnitte an die Ueberschriften klein gedruckt sind, schadet der Uebersichtlichkeit. Leider fehlt ein eigenes Kapitel über die Tuberkulose, was wir recht bedauern. Der notwendige Raum wäre leicht durch eine Kürzung des Abschnittes „Gifte“ zu erzielen gewesen. Die Beschreibung der Anstehung mit Tuberkulose auf Seite sechs entspricht nicht dem heutigen Stande der Wissenschaft. Den zweiten Teil des Büchleins bildet eine Zusammenstellung der wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiete der Gewerbehygiene. Dieser Teil ist leider recht oberflächlich gearbeitet. Wie aus Seite 49 hervorgeht, war der Verfasserin bei der Abfassung dieses Teiles bereits das tschechoslowakische Gesetz vom 12. Dezember 1919 (S. d. G. u. B. 29) über die Heimarbeit bekannt, bei der Krankenversicherung führt sie aber das Gesetz vom 8. 1889 an, das durch das Gesetz vom 15. Juni 1919 (S. d. G. u. B. 268) wesentlich abge-

ändert wurde. Das gleiche gilt von der Unfall-Versicherung und bezüglich der Kinderarbeit verweist sie auf die Gewerbeordnung, trotzdem wir diesbezüglich das Gesetz vom 17. Juli 1919 (S. d. G. u. B. 420) haben. Der zweite Teil bedarf einer gründlichen Neubearbeitung, da auch die Durchführungsverordnungen zu diesen und anderen Gesetzen für die Mitglieder der Betriebsräte leicht auffindbar sein müssen. Daß sich aber nicht nur die Mitglieder der Betriebsräte sondern jeder Arbeiter die Gesundheitslehren des Büchleins recht gründlich aneignen, und rege an ihre Vertretung mitarbeiten mögen, ist unser wärmster Wunsch. M. U. Dr. K.

Kunst und Wissen.

„Die Ballerine des Königs“. Das Stück ist nach dem bewährten Rezept für historische Lustspiele gefolgt: Nimm einen großen König und ein Mädchen, laß ihn mit Ernst und Majestät regieren und Kriege führen, doch auch Mensch genug sein, obiges tri-za-reizendes Mädel innig zu lieben. Zum Schluß zieht man, am besten unter dem Namen „Dreißig Jahre später“, eine ausgiebige Sentimentalitätskurve über das Ganze. Die Figuren können aus Mariphan oder Zuckerguß hergestellt werden. Die Firma Prescher-Stein hat sich für das Mädel, die berühmte Ballerine Barbarina, an den Marzipan gehalten, beim König, diesmal ist's Friedrich der Große, gab sie sich leider mit Kalbsfüße zufrieden. Doch die Mischung von süß und sauer in den Eweisen und vom süßen Ewep und Eßig im Uebermaß schmeckt nicht allzu gut. Das koste den Gast, Frau Konstantin, nicht im mindesten an, ein aus Ammut, Liebreiz und Wunderhaftigkeit wirklich erzügend geformtes Figuren auf die Weine zu stellen. Herrn Grünbergs in der Jugend weidlicher, im Alter jättrig-herber Friedrich kam über Kalbsfuß und Eßig nicht allzusehr hinaus. K.

Troilus und Cressida. Von Shakespeare. Das Weinberger Stadttheater hat „Troilus und Cressida“ aufgeführt, eines der unbekanntesten, weil fast niemals aufgeführten Stücken Shakespeares. Die Gründe hierfür liegen in der Eigenart des Wertes, das der Regie verschiedene harte Rüsse zu fraden gibt. Das Drama behandelt eine Episode aus dem trojanischen Krieg, die Liebe des trojanischen Prinzen Troilus zu einer schönen Griechin, die, sobald sie an die Griechen ausgeliefert wird, sofort mit ihrem Geliebten Diomedes ein neues Liebesverhältnis anknüpft und den armen Troilus schon vergessen hat. Diese Geschichte gäbe an sich ein recht unterhaltendes Lustspiel, hier noch bereichert durch die Figur ihres Cheims Pandaros, eines kupplerischen alten Herrn, der die Liebenden mit recht derben Redensarten begleitet. Um diese Geschichte herum

spielen sich die Troopdien des trojanischen Krieges, Patroklos' und Hektors Tod ab. In früheren, ein wenig pedantischeren Zeiten haben sich auch viele Leute den Kopf zerbrochen, ob man das Stück eine Tragödie oder eine Komödie nennen soll — als ob das nicht völlig gleichgültig wäre! Für die Aufführung bedeutet freilich dieser zweifelhafte Charakter des Dramas eine große Schwierigkeit. Dazu kommen bei Shakespeares die unvermeidlichen Anachronismen, wenn man das Stück in korrektem antiken Kostüm spielen wollte. Heute fast man die Sache nicht mehr pedantisch geschichtlich auf, sondern steht auf dem Standpunkt, daß die mythologischen Vorgänge Shakespeares nur zur Anregung dienen haben, daß er daraus etwas ganz Eigenes, seiner Zeit und seinem Empfinden Entsprechendes gemacht hat, etwa so, wie ein großer Musiker, etwa Beethoven, ein fremdes Motiv aufreißt und es variiert. „Troilus und Cressida“ ist demnach nicht griechisch-antik, sondern barock, oder antik, wie es die Parodie gesehen hat. — Der Weg, den die Regie der Herren Kvačil und Wenig einschlugen, war also vollkommen der richtige. Sie bringen das Stück in einem Rahmen und einer Kostümierung, wie etwa Rubens' seine antiken Distorien ausstattet, in einer Tracht, die antike Motive enthält, aber farbiger und reicher als echte Antike ist, und mit den prächtigen bizarren Hintergründen der barocken Dekorationskunst. Für den Bühnenschauspieler und die Szenenansetzung haben Herrn Wenig hierbei stillich barocke Tavernen mit ihren gewundenen schwarzgoldenen Säulen und den goldenen Fruchtquirlen als Anregung gedient. Ebenso wie die Kostüme vielfach direkt den Einfluss Lebruns zeigen; nur spricht aus der kälteren pikanten Zusammenstellung der Geißt des modernen Malers. Nicht ganz einverstanden kann man sich mit der Auffassung des Achilles erklären, den Herr Kvačil als eine Art Louis Quatorze, als Modepompier läßt. Shakespeare selbst bildet ihn als unsympathischen, aber immer doch großen Charakter. Von den Darstellern waren unbedingt die beiden Komiker, Herr Kvačil als Pandaros und Herr Beyerka als Theites die meilsten besten. Herr Zuma war als Troilus im ganzen sehr gut, stellenweise etwas besangenen, auch Frau Valdova als Cressida war bei allem Liebreiz nicht überlegen genug. Vorgüglich war Herr Zavra als Ulysses und Frau Dostalova als Kassandra, eine der grandiohesten Figuren des Stückes. Der Peifall war so lebhaft, wie bei einer richtigen Premiere.

Neues deutsches Theater. Heute Sonntag „Ballerine des Königs“, Nachm. „Die Langgräfin“.
Eine Josef Wilmshofer-Gedenkfeste findet am 18. d. M. um 4 Uhr nachmittags im großen Saale der Urania statt, an dem köstliche unge-

druckte und gedruckte Verk- und Proschumorecken zum Vortrage kommen sollen.

„Die Kritik der reinen Vernunft“ durch die Prager „Deutsche Vereinsbühne“. Die einleitende Conference hält Dr. Robert Reinhard.

Turnen und Sport.

Der D. Fußball-V. in der tsch. Rep. hat bei Protektion und der Mithwirksamkeit, die in seinen Reihen herrscht, durch den letzten Beschluß, den Spieler Höß des Prager D. F. C. auf sechs Monate zu sperren, die Krone aufgesetzt. Bekanntlich wurde das letzte Spiel D. F. C. gegen Tepl. F. K. vom Schiedsrichter mutwillig abgebrochen, trotzdem seine Entscheidung, Höß möge das Spiel selbst verlassen, sofort respektiert wurde. Der Abbruch des Spieles geschah deshalb, weil das Publikum in den Platz strömte, also ein Vorfall, für den doch keinesfalls ein Spieler verantwortlich gemacht, noch weniger aber durch eine sechsmonatige Unterbindung seiner Spielertätigkeit bestraft werden darf. Die Verhältnisse schreien schon zum Himmel, und es ist allerhöchste Zeit, daß da etwas geschieht.

Heute finden zwei Eishockeyspiele statt. D. C. S. spielt um dreiviertel drei auf ihrem Plage gegen Sparta, die Slavia gegen die C. Sport. Spol. Das Fußballweitspiel Brünn gegen Prag wurde wegen Frostwetters abgesetzt. In Budapest findet das Länderspiel Ungarn gegen Polen statt, welches der Prager Schiedsrichter Gräg leitet. Das Spiel findet unter polizeilicher Bedeckung statt.

Die Wiener Schiedsrichter verlangen eine bessere Bezahlung ihrer „ehrenamtlichen“ Tätigkeit. Dabei sind sie gar nicht bescheiden und verlangen sechshundert Kronen für jedes Spiel, also um hundert Prozent mehr, wie bisher. Da kann man nicht mehr gut von einer Tätigkeit aus Sportbegeisterung sprechen...

Mitteldeutschland spielt am 8. Jänner in Prag gegen die Auswahlmannschaft des D. F. V. für die tsch. Rep.

Durch die Einstellung meisterschaftsmäßig berechtigter Spieler haben einige Mannschaften der B-Klasse des D. F. V. ihre Punkte verloren. Unter anderen auch der Karlib. A. F., den D. F. C. bekanntlich mit 3:2 besiegte.

Die Prager Sparta hat im Jahre 1921 vom 68 Spielen nur eines (gegen Viktoria Biskov) verloren. In diesen Spielen erzielte Janda 68 und Bilat 35 Tore.

Herausgeber: Dr. Ludwig Cech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Vergebung von Lieferungen.

Für das Bezirkskrankenhaus in Gablonz a. N. sind die Lieferungen von Mehl, Butter, Eiern, Brot, Semmeln, Fleisch, Fleischwaren, Fett u. Kartoffeln für das Jahr 1922 zu vergeben.

Die entsprechenden mit einem 2 Kronen-Stempel versehenen Angebote sind bis 23. Dezember 1921 12 Uhr mittags in der Kanzlei der Bezirksverwaltungskommission in Gablonz a. N., Neuer Markt 2 geschlossen zu überreichen. Dasselbst liegen auch die Lieferungsbedingungen zur Einsichtnahme auf.

Der Vorsitzende: Ed. Ludw. Redhammer.



Nutra A.-G. Prag-Weinberge, Karlová 10.

Nach kurzem, schwerem Leiden verschied am Freitag, den 16. Dezember im Krankenhaus zu Tetschen unser treuer Kampfgenosse, Kollege

Karl Schowanek,

Sekretär des Zentralverbandes der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Sitz Teplitz-Schönau.

im Alter von erst 24 Jahren. Die Beerdigung erfolgt Dienstag, den 20. Dezember um 4 Uhr nachmittags in Reichsstadt a./d. A. T. E.

Wir verlieren an dem so frühzeitig aus dem Leben gerissenen Kameraden einen wackeren Mitkämpfer und selbstlosen, hingebungsvollen Mitarbeiter, der unserer grossen Sache mit vollem Herzen und ganzer Seele diente, der sein ganzes Können und Schaffen der Organisation und den Interessen der Angestellten widmete. Das Andenken an den in der Blüte seiner Jahre Hinweggerafften wird in uns allen weiterleben und weiterwirken.

Teplitz-Schönau, am 17. Dezember 1921.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr.

Wir erzeugen wieder feinste

Theemargarine „SANA“

und vorzügliche

Tafelmargarine „AXA“

den besten, altbewährten Butterersatz der Neuzeit in Friedensqualität.

Sana Ges. m. b. H., Prag-Bloubětín

Půjčovní 2.



Kurze PELZE von Kč 728

Stadt PELZE von Kč 3900.

Reise- und Chauffeur- PELZE von Kč 3900.

Leder PELZE von Kč 1680.

LEDER Höhe von Kč 1125, Horn von Kč 640.

LEDER Antimiefel von Kč 2500.

LEDER Chauffeurhandschuhe von Kč 190.

LEDER Kappen, Gamaschen, Hunderanzüge, Rosen, Koffer, Reisesachen.

PELZ Herren für Flieger Kč 250.

Konfektionshaus Sigmund Stránský, Prag, Hybernská.

Alte Preise! Alte Preise!

Die 2/3 Umsatzsteuer trägt die Firma selbst.

ABADIE



PRAG VIII., Lipanská 361.

Amerikanische **"DALTON"** Addiermaschinen
Rechenmaschinen
BRUNSVIGA „MERCEDES“
Amerikanische
„MONARCH“-SCHREIBMASCHINEN
Vervielfältigungsapparate
SCHAPIROGRAPH
in Farbbänder und Kohlenpapier
„Courant“-Spitzmaschinen:
Verlangen Sie Prospekt „A“
L. u. G. Halphen, Prag
Mikulášská 22. Telefon 2342.
Filiale: Wien VI., Köstlergasse 6.
Reparatur aller Bureaumaschinen.

BESTE EINKAUFSQUELLE FÜR KONSUMVEREINE.
INLETTE, KANAFASE,
DAMASTE, GRISETTE,
TASCHENTUCHER,
HANDTÜCHER ETC.
OFFERiert BILLIGST 376
WEHREI UND TEXTILWAREN EN GROS
BALDOVSKÝ, BREITLER & Co.,
TELEFON 676. PRAG, Celetná 3. TELEFON 676,
ZWEITES HAUS VOM ALTSTÄDTER RING.

VORNEHME HERRENSCHNEIDEREI NACH MASS
AUS EIGENEN UND MITGEBRACHTEN STOFFEN
MAISON LOUVRE
PRAG, NARODNI TRIDA 20
STETER EINGANG TELEFON: **ERSTKLASS. SCHNITT**
VON NEUHEITEN 7863 4648 **UND VERARBEITUNG**
142

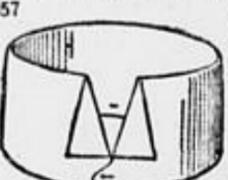
Ihr Interesse verlangt es, dass Sie sich
meine interessanten u. lehrreichen Broschüren
kommen lassen. Dieselben enthalten eine
reichhaltige Auswahl hyg. kosmetischer Ar-
tikel, sowie wichtiger Gebrauchsartikel für
jeden Haushalt. Versand vollkommen diskret gegen
Einsendung von K 2,- in bar. Versandge-
schäft Josef Stöhr, Weisskirch 12 bei Jägerndorf,
Schlesien. 321

in Friedens-
Qualität
wieder
erhältlich.
**Dokterol-
Tabletten**
Fingerringbänder
Leinwand
UNIO-WERKE
Ges. m. b. H.
PILSEN.

NIEDERLAGE DER KOHLENWERKE
der priv. Dux-Bodenbacher-Eisenbahn
L. SACHS in PRAG,
Dlázdná Nr. 6. Telefon 1551, 9479.
Liefert: allerbeste Stein- und Braun-
kohlen, Briketts, Oberschl. Hüttenkoks,
Holz. 342
Fuhrenweise — — Waggonweise.

Zitronen.
Um meinen Weihnachtsvorrat
abzusetzen, offeriere zu fol-
genden, konkurrenzl. Preisen:
Kiste 300er reingelber Zi-
tronen 40 kg schwer K 190—
300er reingelber, 37 kg schwer
K 156—
Mandarinen,
süß, verhältnißlich u. schöner
als jetzige saure Orangen.
Steigen zu 10 kg. Bei Gross-
abnahmen per kg. K 16—
Einzeln Steigen K 17—
Orangen 300er, 300er, 100er
K 350—

Spezialfabrik für Hemden, Kragen und Manchetten.
JOSEF FEIGL, 357
PRAG-WRSCHOWITZ
Verlangt anerkannt
beste „Glockenmarke“.
Erhältlich in allen feineren Herrenmodengeschäften.

Karfloi,
Neapol, weiss, Steigen zu 27
normalen oder 15 ganz gross.
Rosen K 120—
Waldasse, rumän., gesunde,
K 1200—
Karobbe, hönigsüss K 550—
Folgen, kl. Kränze K 1900—
Sonstige Ware ist gänzlich
ausverkauft.
B. Štědrý, Školná 26.
Telegr.: Derrate Prag.
Telefon 7471.

Mehlwürmer
per Schock 2 K 2 liefert
nur per Nachnahme nicht
unter 10 Schock **Josef**
Hapl in Neusattl
531, b. Elbogen. 242
Genossen! Werbet für Euer
Zentralorgan!

Ist Ihnen bekannt, dass
der Haupttreffer von
Kč 700.000.-
bei der letzten Ziehung d. Čechoslovakischen Klassen-
lotterie am 12. Dezember l. J. auf das bei der
Allgemeinen Genossenschafts-Bank
Prag I., Královská ul. č. 23
gekauft Los gefallen ist?
Unsere Losabteilungen verkaufen:

| | Haupttreffer Kč | Ziehung am |
|----------------------|-----------------|-------------------|
| Staats-Bau-Lose | 1,000.000 | 1. Feber 1922 |
| Čsl. rote Kreuz-Lose | 300.000 | 1. Juni 1922 |
| Lose „Humanity“ | 60.000 | 29. Dezember 1921 |

Čsl. Klassenlotterie: 5 Ziehungen, die erste am 22. Jänner 1922.
Gewinnste von Kč 200.- bis Kč 1,000.000.-.
Bank-Expositor: BRÜNN, Koblišná 5.
Všeobecná družstevní banka.

Trockenfeuerlöschapparat
»HASAM«
Die neueste Erfindung
der Gegenwart im Feuerlöschwesen.
Die Vorteile des Löschapparates sind:
1. Mit einem **einzigem Griff** löscherbereit.
2. Nach **langen Jahren** ohne jedweder Kontrolle gebrauchsfähig.
3. **Explosionen ausgeschlossen.** Kann deshalb auf **jedem**
Wagen (Eisenbahn und Auto) befestigt werden.
4. Besonders wirksam wird derselbe dadurch, dass das sich ausbrei-
tende Feuer mit dem Pulver gesperrt und der Brand hernach in aller
Ruhe gelöscht werden kann. Von **Witterungseinflüssen voll-**
kommen unabhängig.
5. Die Bedienung und Nachfüllung des Apparates ist **so einfach,**
dass selbst jedes Kind dies besorgen kann.
6. Das Pulver ist **vollkommen unschädlich.**
7. **Stauend billiger Preis.**
Der Trockenfeuerlöschapparat „HASAM“ ist ohne
Konkurrenz und löscht überraschend Benzin, Teer,
Petroleum und alle anderen leicht brennenden Stoffe.
„HASAM“
Erzeugung von Trockenfeuerlöschapparaten
Wilhelm Rosenbaum
Prag II., Václavské nám. 66.
Telefon Nr. 1358b. • Verlangt Offerte. 41
Vertreter für alle Bezirke und fürs Ausland werden gesucht.

BOHEMISCHE BANKKOMMANDITGESELLSCHAFT FISCHL & BONDY IN PRAG.
Übernahme von Einlagen, Erteilung von Darlehen, von Akkreditiven im In- und Auslande, Durchführung aller Banktransaktionen.
Befugt zum Handel mit Devisen und Valuten mit Erläss des Finanzministers vom 4. Juni 1921, Z. 52.206. 233